

## **19. Sitzung**

am Dienstag, dem 22. Februar 2005

---

### **Inhalt**

Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung ..... 664

#### **Fragestunde**

**1. Nutzung der Fernwärme des Müllheizwerks Bremen**

Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Mathes, Frau Linnert und Fraktion Bündnis  
90/Die Grünen vom 4. Februar 2005 ..... 664

**2. Beteiligung Jugendlicher bei der Entkommunalisierung von Jugendfreizeithäusern**

Anfrage der Abgeordneten Crueger, Frau Linnert und Fraktion  
Bündnis 90/Die Grünen vom 4. Februar 2005 ..... 665

**3. Luftqualität an der Bismarckstraße/Dobbenweg**

Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Mathes, Frau Linnert und Fraktion Bündnis  
90/Die Grünen vom 4. Februar 2005 ..... 667

**4. Umsetzung der Zusammenarbeit innerhalb der Bremer Arbeitsgemeinschaft für Integration und Soziales, Bagis**

Anfrage der Abgeordneten Peters, Karl Uwe Oppermann, Kastendiek und Fraktion  
der CDU vom 15. Februar 2005 ..... 669

**5. Zunahme des Lkw-Verkehrs im Bereich Bremerhavener Heerstraße**

Anfrage der Abgeordneten Pflugradt, Kastendiek und Fraktion der CDU  
vom 15. Februar 2005 ..... 671

**6. Ampelabschaltungen**

Anfrage der Abgeordneten Pflugradt, Focke, Kastendiek und Fraktion der CDU  
vom 15. Februar 2005 ..... 672

**7. Schaffung einer Integrierten Stadtteilschule am Standort Helgolander Straße**

Anfrage der Abgeordneten Frau Stahmann, Köhler, Frau Linnert und Fraktion  
Bündnis 90/Die Grünen vom 15. Februar 2005 ..... 673

**Aktuelle Stunde** ..... 674

**Bericht über „Entbürokratisierung und Modernisierung der Verwaltung sowie Abbau von Regelungen“**

**Ortsgesetz zur Bereinigung des bremischen Rechts**

Mitteilung des Senats vom 7. Dezember 2004

(Drucksache 16/270 S) ..... 674

**Zwischenbilanz des Stromsparprogramms**

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU

vom 16. Dezember 2004

(Drucksache 16/276 S)

Dazu

**Mitteilung des Senats vom 8. Februar 2005**

(Drucksache 16/297 S)

Abg. Dr. Schuster (SPD) ..... 675

Abg. Focke (CDU) ..... 676

Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen) ..... 676

Senator Eckhoff ..... 678

Abg. Dr. Schuster (SPD) ..... 679

**Vorhaben- und Erschließungsplan 43**

**(vorhabenbezogener Bebauungsplan) zur Errichtung eines Verbrauchermarktes für ein Grundstück an der Schwaneweder Straße zwischen Haus Nr. 196 und Haus Nr. 208 (Flurstück 199/2 der Flur VR 152) in Bremen-Blumenthal**

Mitteilung des Senats vom 18. Januar 2005

(Drucksache 16/286 S) ..... 680

**Qualitätsstandards für Ganztagschulen**

Mitteilung des Senats vom 18. Januar 2005

(Drucksache 16/287 S)

Abg. Frau Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen) ..... 681

Abg. Rohmeyer (CDU) ..... 683

Abg. Frau Hövelmann (SPD) ..... 684

Senator Lemke ..... 686

Abg. Frau Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen) ..... 688

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 30**

**vom 1. Februar 2005**

(Drucksache 16/295 S) ..... 689

**Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über die öffentliche Ordnung**

Mitteilung des Senats vom 8. Februar 2005

(Drucksache 16/296 S) ..... 689

**Geplante Umstrukturierung des Klinikums Bremen-Mitte - gesundheitspolitische Zielsetzung, Kosten und Folgen für die Stadtentwicklung**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

vom 16. Februar 2005

(Drucksache 16/299 S)

Abg. Frau Wargalla (Bündnis 90/Die Grünen) .....	690
Abg. Brumma (SPD) .....	692
Abg. Frau Dr. Mohr-Lüllmann (CDU) .....	693
Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen) .....	694
Abg. Frau Kummer (SPD) .....	695
Abg. Focke (CDU) .....	696
Senatorin Röpke .....	696
Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen) .....	699
Abg. Focke (CDU) .....	700
Abstimmung .....	700

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Frau Hannken, Imhoff, Frau Kauertz, Nalazek, Frau Peters-Rehwinkel, Frau Dr. Spieß, Frau Ziegert.



Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 14.01 Uhr.

**Präsident Weber:** Meine Damen und Herren, die 19. Sitzung der Stadtbürgerschaft ist eröffnet.

Ich begrüße die anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Presse.

Herzlich willkommen, meine Damen und Herren!

Die Eingänge bitte ich dem heute verteilten Umdruck sowie der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzung zu entnehmen.

**Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung**

1. Belegwohnungen/OPR-Wohnungen in Bremen  
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 18. Januar 2005  
Dazu  
Antwort des Senats vom 8. Februar 2005 (Drucksache 16/298 S)
2. Gesellschaft für Bildungsinfrastruktur  
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 8. Februar 2005
3. Musical-Theater  
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 22. Februar 2005
4. Kooperation von Ganztagschulen mit Kindergruppen und Kindertagesstätten  
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 22. Februar 2005

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurde interfraktionell vereinbart, den Tagesordnungspunkt sieben, hierbei handelt es sich um das Handlungskonzept für eine Bürgerstadt, auszusetzen.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist einverstanden.

(Einstimmig)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

**Fragestunde**

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen insgesamt sieben frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Die erste Anfrage trägt den Titel „**Nutzung der Fernwärme des Müllheizwerks Bremen**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Dr. Mathes, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Ich bitte die Fragestellerin, die Anfrage vorzutragen!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: In welchem Ausmaß wird die potentiell verfügbare Menge von Fernwärme des Müllheizwerks zurzeit genutzt?

Zweitens: Wie viel CO<sub>2</sub> könnte mit einem weiteren Ausbau des Fernwärmenetzes eingespart werden?

**Präsident Weber:** Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Eckhoff.

**Senator Eckhoff:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Nach Angaben des Betreibers verfügt das Müllheizkraftwerk Bremen über eine installierte Fernwärmeleistung von 140 Megawatt. Die Kapazität der Hauptfernwärmeleitung vom Müllheizkraftwerk zu den Verbrauchern im Technologiepark und der Universität begrenzt die Fernwärmeabgabe zurzeit auf 120 Megawatt. Zum Jahresende 2004 hat der Betreiber Fernwärmelieferverträge mit einer mittleren Anschlussleistung von knapp 91 Megawatt abgeschlossen. Dies entspricht zirka 65 Prozent der installierten Fernwärmeleistung und zirka 76 Prozent der Kapazität der Hauptfernwärmeleitung.

Zu Frage zwei: Aufgrund der absehbaren Erweiterung und Verdichtung des Fernwärmenetzes Universität/Technologiepark wird die Fernwärmeabgabe aus dem Müllheizkraftwerk auch in den kommenden Jahren ansteigen. Nach Prognosen des Betreibers wird im Zeitraum 2004 bis 2008 ein Anstieg um rund 30.000 Megawattstunden erwartet. Durch die Nutzung dieses Abwärmepotentials können - gegenüber einer konventionellen Wärmeerzeugung auf Basis von Erdgas - CO<sub>2</sub>-Emissionen in Höhe von rund 6500 Tonnen pro Jahr vermieden werden.

**Präsident Weber:** Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Kann man das so zusammenfassen, dass angestrebt ist, die dort produzierte Wärme oder Energie dann auch vollständig zu nutzen?

**Präsident Weber:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Eckhoff:** Es kann angestrebt werden, und es wird angestrebt, einen möglichst hohen Prozentsatz zu nutzen. Dies muss allerdings sinnvoll geschehen. Sie wissen, das hängt auch unmittelbar von der Entwicklung dort in dem Gesamtgelände, in dem Gesamtareal ab, weil es auch nur geographisch nahe sinnvoll ist, Fernwärme tatsächlich einzusetzen, denn sonst ist die Investitionssumme zu hoch. Ich weiß jetzt nicht, ob es im Interesse der Grünen ist, dass wir, komme was wolle, die Technologiepark-West-Erweiterung sofort machen, um die Fernwärme zu 100 Prozent einzusetzen, Frau Dr. Mathes. Das glaube ich nicht! Wir streben aber an, einen möglichst hohen Prozentsatz der Fernwärme auch tatsächlich abgeben zu können.

**Präsident Weber:** Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich muss jetzt natürlich anmerken, dass es nicht dahin gehen muss, die Westerweiterung voranzutreiben, um die Fernwärme zu nutzen, sondern es durchaus auch andere Anschlussmöglichkeiten gäbe. Daher die Frage in die Richtung: Wird überhaupt von Ihrem Hause oder von der ANO darüber nachgedacht, möglicherweise andere Gebiete anzuschließen? Das ist doch die zentrale Frage hier.

**Präsident Weber:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Eckhoff:** Wir versuchen, immer neue Gebiete anzuschließen, wenn anschließend das Investitionsverhältnis in einem vernünftigen Verhältnis zu der abgenommenen Menge steht.

**Präsident Weber:** Zusatzfrage? - Bitte, Frau Ahrens!

Abg. Frau **Ahrens** (CDU): Herr Senator, hat der Betreiber denn noch weitere Maßnahmen unternommen, um Strom zu produzieren?

**Präsident Weber:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Eckhoff:** Darüber hinaus, wenn ich richtig informiert bin, hat der Betreiber in Absprache mit unserem Haus jetzt gerade noch eine zusätzliche Turbine eingebaut. Diese Turbine erzeugt auch Strom, und zwar in einer Größenordnung von zwölf Megawatt. Dies führt dazu, dass zirka 65.000 Tonnen, also das Zehnfache der gerade genannten Menge, was die Fernwärme betrifft, an CO<sub>2</sub>-Emissionen eingespart werden. Wir versuchen, auch zusätzlich Möglichkeiten zu nutzen, im Bereich der Müllverbrennungsanlage auch tat-

sächlich Energie zu gewinnen, und dies finde ich ein weiteres positives Beispiel.

**Präsident Weber:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zweite Anfrage steht unter dem Betreff „**Beteiligung Jugendlicher bei der Entkommunalisierung von Jugendfreizeitheimen**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Crueger, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Ich bitte den Fragesteller, die Anfrage vorzutragen!

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Bedeutung misst der Senat der Beteiligung Jugendlicher beziehungsweise der jugendlichen Nutzer am Prozess der Entkommunalisierung von Jugendfreizeitheimen bei?

Zweitens: Wie wird bislang eine Beteiligung der Jugendlichen an diesem Verfahren sichergestellt?

Drittens: Gedenkt der Senat, die Jugendlichen enger in dieses Verfahren einzubeziehen, und wenn ja, wie?

**Präsident Weber:** Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Röpke.

**Senatorin Röpke:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins und zwei: Die Entscheidung, die städtischen Jugendfreizeitheime zukünftig durch freie Träger zu betreiben, trifft die zuständige städtische Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration. Die Einbeziehung von Jugendlichen beziehungsweise der jeweiligen jugendlichen Nutzerinnen und Nutzer bezüglich der Auswahl eines Trägers ist den stadtteilbezogenen Controllingausschüssen möglich. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Entscheidung über die Trägerschaft nicht bedeutet, dass sich das Angebot der jeweiligen Jugendeinrichtung ändert. Die Träger der stadtteilbezogenen Jugendarbeit bleiben vielmehr verpflichtet, das Angebot wie bisher an den Ergebnissen der kleinräumigen Jugendhilfeplanung und dem darauf bezogenen Stadtteilkonzept auszurichten.

Zu drei: Der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales strebt unabhängig von der Frage der Trägerschaft an, die Beteiligungs-

möglichkeiten für Jugendliche bezogen auf die stadtteilbezogene Konzeptentwicklung und die Ausgestaltung der stadtteilbezogenen Jugendarbeit weiter zu verbessern. - Soweit die Antwort des Senats!

**Präsident Weber:** Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, wir sind uns aber doch einig, dass es im Zuge der Ausschreibung einzelner Jugendfreizeitheimstandorte auch zu einem Wettstreit der inhaltlichen Konzepte unter verschiedenen Trägern kommen wird, aus denen dann die lokalen Gremien vor Ort dasjenige aussuchen müssen, das ihrer Meinung nach den Ansprüchen vor Ort am stärksten und besten gerecht wird?

**Präsident Weber:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Röpke:** Das hoffe ich auch, dass es so kommen wird!

**Präsident Weber:** Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Wenn wir uns da also einig sind, dass unterschiedliche Konzepte bewertet werden müssen, also dass nicht das Gleiche in gleicher Weise fortgeschrieben werden soll, stimmen Sie mir dann auch darin zu, dass es ein übergeordnetes politisches Interesse seitens des Senats geben muss, in diese Neuorientierung, Neujustierung der konzeptionellen Arbeit auch die Nutzer, sprich die Jugendlichen, einzubeziehen?

**Präsident Weber:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Röpke:** Im Grundsatz teilen wir, glaube ich, alle das Prinzip und leben es auch in den Einrichtungen jetzt schon, dass wir die Jugendlichen, soweit es irgendwie möglich ist, einbeziehen, wenn es zum Beispiel darum geht, neue Konzepte zu erstellen, oder beim Umbau von Jugendfreizeitheimen. Das haben wir alle mitverfolgt, da gibt es Workshops, das läuft sehr gut. Inwieweit es hier möglich ist, in diesen Prozess auch die Nutzerinnen und Nutzer einzubeziehen, würde ich wirklich auch der örtlichen Situation überlassen. Die Controllingausschüsse haben die Möglichkeit, die Jugendlichen einzubeziehen. Ich würde mich sehr darüber freuen, wenn das gelingt. Wir dürfen uns aber auch nicht die Hoffnung machen, dass es jetzt einen groß und breit angelegten Prozess einer systematisierten Einbeziehung gibt, sondern das muss sich vor Ort entwickeln.

Es gibt bestimmt auch Jugendliche, denen das relativ egal ist, welcher Träger das Jugendfreizeitheim betreibt, sondern sie schauen darauf, welche

Angebote die Träger machen. Darauf kommt es aus meiner Sicht an, dass man den Jugendlichen diesen Prozess vermittelt, was da passiert. Ich habe das selbst auch schon in Jugendfreizeitheimen erlebt, dass da unter Umständen auch Ängste bestehen, die man abbauen muss. Man muss mit den Jugendlichen die Frage, wie es weitergeht und was sie eigentlich wollen, was sich an diesem Angebot verbessern soll, was man in ihrem Interesse optimieren kann, gemeinsam entwickeln. So stelle ich mir diesen Prozess vor.

**Präsident Weber:** Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Wenn wir uns also einig sind, dass es sehr wohl ein übergeordnetes politisches Interesse seitens des Senats gibt, aber es auf der anderen Seite eine Entscheidung in der Kompetenz der lokalen Ebene ist, wäre es dann nicht anzudenken, ob im Zuge dieses ganzen Verfahrens, das schon von der Steuerungsebene her im Senat abgestimmt wird und wo dann die Umsetzung lokal in den Controllingausschüssen erfolgt, wäre es dann nicht sinnvoll, seitens des Senats eine Handreichung an die lokale Ebene zu geben, inwiefern man die Beteiligung Jugendlicher organisieren könnte als Vorschlag, als Konzept, wie man es machen könnte, wenn man es denn machen wollte?

**Präsident Weber:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Röpke:** Ich glaube, dass das nicht zielführend ist, denn wir haben es da mit fachlich gut qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu tun. Es ist doch deren tägliches Geschäft. Sie wissen genau, was ihre Jugendlichen wollen, wie sie mit ihren Jugendlichen umgehen, und so eine übergeordnete Handlungsanleitung, theoretisch und abstrakt, hilft da aus meiner Sicht überhaupt nicht weiter. Da vertraue ich wirklich dem pädagogischen Fachverstand der Mitarbeiter vor Ort, die durchaus einschätzen können, wie sie mit ihren Jugendlichen arbeiten, wo sie sie mitnehmen müssen, wo sie sie informieren und wo sie sozusagen auch jugendliches Know-how abfordern können.

**Präsident Weber:** Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Eine letzte Frage! Frau Senatorin, wir sind uns doch aber einig, dass Ziel, also Adressat einer solchen Maßnahme, nicht in erster Linie die fachkundigen Mitarbeiterinnen in den Einrichtungen vor Ort wären, sondern in erster Linie die politischen Entscheidungsträger, die sich sicher auch über eine gewisse Inspiration freuen würden, und dass man zweitens so eine Handreichung auch durchaus sehr praktikabel gestalten kann und sie nicht un-

bedingt nur theoretisch und abstrakt ausfallen müsste?

**Präsident Weber:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Röpke:** Ich sage ganz deutlich, wenn Sie jetzt noch einmal nachfragen: Ich halte von einer solchen Handreichung nichts, weil sie an dem tatsächlichen Prozess vorbeigeht, und ich halte auch nichts davon, wieder eine neue bürokratische Schiene einzubauen. Das bringt uns überhaupt nicht weiter. Ich befürchte eher, dass dieser Prozess, der schon schwierig ist - ich glaube, da sind wir beide uns auch einig, dass wir den befördern und nicht noch weiter erschweren wollen -, dadurch nicht nach vorn gebracht wird. Das halte ich für eine bürokratische Herangehensweise, und die werde ich nicht befürworten.

**Präsident Weber:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die dritte Anfrage beschäftigt sich mit dem Thema „**Luftqualität an der Bismarckstraße/Dobbenweg**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Dr. Mathes, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Ich bitte die Fragestellerin, die Anfrage vorzutragen!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wann wird der Senat Maßnahmen vorschlagen, mit denen die zu hohen Belastungswerte durch Feinstaub im Bereich Dobbenweg gesenkt werden können?

Zweitens: Hält der Senat die Überprüfung der Anzahl und Standorte der Verkehrsmessstationen für erforderlich, um überhaupt die Einhaltung der neuen europäischen Grenzwerte für Feinstaub sachgerecht beurteilen zu können?

**Präsident Weber:** Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Eckhoff.

**Senator Eckhoff:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Im vergangenen Jahr konnte der Grenzwert, 50 Mikrogramm, plus Toleranzmarge, fünf Mikrogramm, mithin insgesamt 55 Mikrogramm für Feinstaub, im Bereich Bismarckstraße/Dobbenweg mit 35 Überschreitungen für das Jahr nur knapp eingehalten werden.

Ab dem 1. Januar 2005 entfällt die Toleranzmarge, so dass für das laufende Jahr das Risiko einer Grenzwertüberschreitung besteht. Für diesen Fall sieht das Bundes-Immissionsschutzgesetz die Aufstellung eines Aktionsplanes vor, der festlegt, welche Maßnahmen kurzfristig zu ergreifen sind, um die Gefahr einer Grenzwertüberschreitung zu vermeiden.

Vom Arbeitskreis Luftreinhalteplanung wird derzeit ein Aktionsplan für den Bereich Bismarckstraße/Dobbenweg erarbeitet. Aus den bisher durchgeführten Untersuchungen zur Herkunft und Ursache der Feinstaubbelastung im Bereich Bismarckstraße/Dobbenweg lassen sich folgende Schlussfolgerungen ziehen: Im Mittel sind etwa zwei Drittel des Feinstaubes durch die großräumige Hintergrundbelastung bestimmt. Der Verkehr hat einen Anteil von einem Drittel. Gut die Hälfte dieses lokalen Verkehrsanteils kommt nicht aus dem Auspuff der Fahrzeuge, sondern ist wieder aufgewirbelter Straßenstaub, der nicht durch Maßnahmen am Fahrzeug gemindert werden kann. Ein nicht unerheblicher Anteil der Feinstäube im Jahr 2004 hat seinen Ursprung in der Baustellenaktivität im Dobbenweg.

Als Sofortmaßnahmen zur Minderung der Staubbelastung wird vom Arbeitskreis Luftreinhalteplanung eine verstärkte Baustellenkontrolle und die Durchführung von Straßenreinigungen vorgeschlagen. Die Straßenreinigung soll verstärkt an solchen Tagen durchgeführt werden, für die eine erhöhte Feinstaubbelastung prognostiziert werden kann. Weitergehende Minderungsszenarien in den Bereichen Verkehrsbeschränkung und -umlenkung werden derzeit vom Arbeitskreis Luftreinhalteplanung entwickelt.

Zu Frage zwei: Die Standorte der beiden Verkehrsmessstationen - Bismarckstraße/Dobbenweg und Neuenlander Straße/Langemarckstraße - sind aufgrund orientierender Messungen an den Punkten der mutmaßlich höchsten Schadstoffbelastung festgelegt worden. Eine Überprüfung der Standorte erfolgt an allen Straßen mit einem Fahrzeugaufkommen von über 6000 pro Tag mit Hilfe einer Ausbreitungsrechnung für die Schadstoffe Stickstoffdioxid und Feinstaub, das so genannte Screening. Die Ergebnisse dieses Screenings werden Hinweise auf mögliche weitere Belastungsschwerpunkte liefern. Die Überprüfung der EU-Grenzwerte durch Ausbreitungsberechnungen ist von der EU ausdrücklich als zulässiges Instrument anerkannt worden, um den kostenträchtigen Messaufwand begrenzen zu können.

Aus den dargelegten Gründen wird die derzeitige Anzahl von festen Verkehrsmessstationen in Bremen als ausreichend erachtet.

**Präsident Weber:** Haben Sie eine Zusatzfrage, Frau Kollegin? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, da, wie auch von Ihnen dargelegt, zu erwarten ist, dass die ab diesem Jahr gültigen Grenzwerte für Feinstäube nicht einzuhalten sein werden, wäre es da nicht sinnvoll, möglichst umgehend und zügig Maßnahmen zur Reduktion dieser Schadstoffbelastungen der Luft vorzunehmen?

**Präsident Weber:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Eckhoff:** Ja, das ist nötig, aber wir sind dabei! Wir sind in einer besseren Situation als andere Städte. Sie haben vielleicht am Wochenende gerade die „Süddeutsche Zeitung“ gelesen, die sich mit diesem Thema noch einmal sehr intensiv beschäftigt hat. Dort gibt es zum Beispiel in München Probleme, wo es bereits bis Mitte Februar 16 Überschreitungen gab. Hier in Bremen, glaube ich, hat es an den Verkehrsmessstationen in den ersten acht Wochen des Jahres vier beziehungsweise sechs Überschreitungen gegeben.

Vorzugsweise treten diese Messüberschreitungen von Januar bis April und dann noch einmal von Oktober bis Dezember auf. Insofern müssen wir wahrscheinlich damit rechnen, dass wir zumindest ab Oktober dann auch Gefahr laufen, in die Überschreitungen zu kommen. Deswegen müssen bis Ende der Sommerpause weitere Maßnahmen erarbeitet werden, die wir dann in dem Moment veranlassen können, wenn wir an die Gefahr einer Grenzwertüberschreitung herankommen. Wir sind dabei.

**Präsident Weber:** Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Das Jahr war mir jetzt wichtig. Der Vergleich mit anderen Städten nützt Kindern, die in diesen Bereichen leben, nichts. Deshalb ist es wichtig, da ganz schnell voranzukommen. Eine zweite Frage, die sich anschließt: Ist es nicht schon heute klar, dass mit der Ausweitung des Concordia-Tunnels die Belastung mit Feinstäuben und auch NOX in dem Bereich zunehmen wird?

**Präsident Weber:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Eckhoff:** Nein, das sehe ich überhaupt nicht! Sie wissen, dass es auch in den verschiedenen Berechnungen berücksichtigt worden ist. Es hat alles damit zu tun, welche prognostizierten Verkehrsmengen es gibt. Sie wissen, wie die Verkehrsmengen entsprechend für den Bereich prognostiziert werden. Es hat dann etwas damit zu tun, zumindest zu diesem Sechstel, dass der Verkehr

auch fließt, es hat etwas mit Bauarten als Randbebauung zu tun. Sie wissen, dass diese Schadstoffmessungen dann auch entsprechend, teilweise zumindest bei bestimmten Schadstoffen, an den Gebäuden vorgenommen werden. Deshalb kann ich diesen Zusammenhang, den Sie dort herstellen, nicht automatisch für den Bereich herstellen.

**Präsident Weber:** Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, der Herr Senator kann es nicht automatisch herstellen. Dann heißt das aber doch, dass der Senat das Risiko eingeht, hier eine teure Straßenausbaumaßnahme vorzunehmen und möglicherweise, und das ist auch eines der neuen Instrumente, die mit den EU-Grenzwerten einhergehen, wenn diese nicht eingehalten werden, die Anwohner klagen können und wieder ein Rückbau erfolgen muss.

**Präsident Weber:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Eckhoff:** Ich glaube, ich habe Ihnen gesagt, Frau Dr. Mathes, dass wir an einem Maßnahmenkatalog arbeiten, um diese Grenzwertüberschreitungen nicht zuzulassen. Dieser Maßnahmenkatalog hat auch weitergehende Vorschläge. Man muss sich überlegen, wie man zum Beispiel mit Dieselverkehren in dem Bereich umgeht. Das betrifft Lkw, das betrifft zum Beispiel auch den ÖPNV. Man muss überlegen, ob es zumindest zu bestimmten Tagessituationen dort auch Sinn macht, über ein anderes Tempo nachzudenken und so weiter.

Das ist eine ganze Reihe von Maßnahmen. Das hat aber nichts damit zu tun, dass Sie jetzt sagen, dass, wenn man die Straße verkleinert, dort automatisch weniger Fahrzeuge fahren und, wenn die Straße breiter ist, mehr entlang fahren. Das hat damit nichts zu tun, im Gegenteil! Sie wissen ganz genau, dass wir ein großes Problem haben, ob wir - mit Frau Krusche diskutieren wir immer häufiger darüber - die so genannte Stadtentwicklungsvariante machen, das heißt, den Verkehr zu bündeln, oder ob wir die Blockumfahrung Außer der Schleifmühle lassen. Zum Beispiel für die Stadtentwicklungsvariante, die Verkehre zu bündeln, weil sie dann nämlich Verkehre zusammenführt, ist genau dies ein Risikofaktor. Deshalb sind wir zumindest bis jetzt hausintern noch nicht so weit gekommen, dass wir schon sagen können, wir wollen auch eins zu eins diese Stadtentwicklungsvariante umsetzen, die ja von allen gewünscht ist, um im Bereich dort auch citynahen Wohnraum oder Büroräume zum Beispiel zu gewinnen. Das ist ein sehr schwieriges und komplexes Thema. Das gestehe ich zu, und deshalb sind

diese einfachen Schlussfolgerungen, die Sie dort in dieser Frage ziehen, nicht angemessen. Ich kann sie auch nicht teilen.

**Präsident Weber:** Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich bitte einfach den Senator, zur Kenntnis zu nehmen, dass ich hier keine einfachen Schlussfolgerungen gezogen habe und dass mir die Komplexität des Themas durchaus bewusst ist, aber dass in der Tat die Frage, wie man dort die Verkehre lenkt, bedeutend sein wird, ob man jeweils die Grenzwerte einhalten können.

**Präsident Weber:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die vierte Anfrage verlangt vom Senat Auskunft über die **Umsetzung der Zusammenarbeit innerhalb der Bremer Arbeitsgemeinschaft für Integration und Soziales, Bagis**. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Peters, Karl Uwe Oppermann, Kastendiek und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Peters!

Abg. **Peters** (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie viele Mitarbeiter beschäftigt die Bremer Arbeitsgemeinschaft für Integration und Soziales, Bagis, insgesamt, und wie viele davon kommen aus der Arbeitsagentur sowie aus den Sozialzentren?

Zweitens: Wie viele Stellen sind bei der Bagis aufgrund von Hemmnissen bei der Personalübertragung durch Sozialamtsmitarbeiter und Sozialamtsmitarbeiterinnen noch nicht eingenommen worden, und wann ist mit einer vollständigen Personalbesetzung bei der Bagis zu rechnen?

Drittens: Nach welchen Tarifgruppen werden die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Bagis bezahlt, die aus dem Bereich der Arbeitsagentur sowie den Sozialzentren kommen?

**Präsident Weber:** Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Röpke.

**Senatorin Röpke:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: Insgesamt sind derzeit 494 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bremer Arbeitsgemeinschaft für Integration und Soziales, Bagis, eingesetzt, von denen 199 aus der Bundesagentur für

Arbeit und 202 aus dem Amt für Soziale Dienste kommen. Weitere 93 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind über die so genannte Amtshilfe in der Bagis tätig, das heißt, sie kommen in der Regel von den Beschäftigungsgesellschaften der Deutschen Telekom, der Post oder der Bahn.

Zu zwei: Der rechnerische Stellenbedarf bei der Bagis beläuft sich auf der Grundlage der 2004 angenommenen Zahl von Bedarfsgemeinschaften auf 525. Die Besetzung dieses Stellensolls wird im Laufe des Jahres 2005 erfolgen. Der Personalaufbau ist dabei abhängig von der Schaffung weiterer Unterbringungsmöglichkeiten und der Verfügbarkeit geeigneter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Aktuell sollen weitere 18 Stellen durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes für Soziale Dienste besetzt werden. Die Verhandlungen darüber laufen. Mittelfristig ist die Besetzung weiterer 20 Stellen aus dem Amt für Soziale Dienste geplant in Abhängigkeit von der Abarbeitung der Altfälle in der Sozialhilfe.

Zu drei: Sowohl die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die aus der Bundesagentur für Arbeit kommen, als auch diejenigen aus dem Amt für Soziale Dienste, die in der Bagis beschäftigt sind, werden im Wesentlichen den Besoldungsgruppen A 8 bis A 14 beziehungsweise den vergleichbaren Vergütungsgruppen des Tarifvertrages zugeordnet. - Soweit die Antwort des Senats!

**Präsident Weber:** Haben Sie eine Zusatzfrage, Herr Kollege? - Bitte sehr!

Abg. **Peters** (CDU): Stimmt das Gerücht, dass es Personal gibt, das für gleiche Arbeit unterschiedlich bezahlt wird?

**Präsident Weber:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Röpke:** Von diesem Gerücht habe ich bis heute noch nichts gehört.

**Präsident Weber:** Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Peters** (CDU): Wie schwierig gestaltet sich die Gewinnung des noch fehlenden Personals? Ist es problemlos möglich, die Reststellen zu besetzen, oder gibt es da Schwierigkeiten?

**Präsident Weber:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Röpke:** Erst einmal ist es durchaus ein Erfolg, innerhalb der kurzen Zeit - wir haben das ja in der Deputation begleitet -, die uns überhaupt zur Verfügung stand zur Umsetzung dieses ganzen Prozesses, was mit Hartz IV umschrieben ist, über 200 Mitarbeiter aus dem Amt für Soziale Dienste reibungslos zum 1. Januar 2005 in der

Bagis beschäftigt zu haben. Das ist eine großartige Leistung aller, und dazu zähle ich auch ausdrücklich den Personalrat, ohne dessen gute Zusammenarbeit das nicht möglich gewesen wäre.

Jetzt haben wir noch im Vergleich dazu einmal die 18 Stellen, bei denen wir uns zurzeit bemühen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die Bagis zu bringen. Das wird wahrscheinlich in den nächsten Wochen abgeschlossen sein, soweit ich das beurteilen kann. Die weiteren 20 Stellen werden wir auch in Angriff nehmen. Das hängt aber auch damit zusammen, dass die Mitarbeiter auch verfügbar sein müssen. Sie müssen auch noch die Altfälle, das habe ich ja dargestellt, abarbeiten. Im Laufe des Jahres, davon gehe ich aus, haben wir diesen Prozess geregelt.

**Präsident Weber:** Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Peters** (CDU): Ich will nicht in Frage stellen, dass das eine große Leistung ist und eine Herausforderung an alle. Trotzdem habe ich folgende Frage: Sind Sie der Auffassung, dass nach den bisherigen vorliegenden Erfahrungen das Personal, das dort arbeitet, ausreichend vorbereitet worden ist, um auch seine Arbeit reibungslos umsetzen zu können, oder gibt es da noch Nachholbedarf?

**Präsident Weber:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Röpke:** Natürlich gibt es da Probleme, das ist ganz klar! Wir haben eine Riesenherausforderung zu bewältigen, nicht nur in Bremen und Bremerhaven, sondern bundesweit. Wir haben auch in der letzten Deputationssitzung darüber gesprochen. Es sind Mitarbeiter aus den unterschiedlichsten Bereichen, ich habe es ja dargestellt, einmal aus der Bundesagentur, dann aus dem Amt für Soziale Dienste und von Telekom, Post und Bahn. Da sind auch unterschiedliche Kulturen vertreten, die erst einmal zusammengeführt werden müssen, sie müssen zu Teams zusammenwachsen.

Jeder Mitarbeiter und jede Mitarbeiterin bringt unterschiedliche Kompetenzen mit, auch das muss erst einmal zu einem Team hinorientiert werden. Dass das nicht reibungslos läuft, muss jedem klar sein. Das braucht auch seine Zeit. Wir müssen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, zum Beispiel insbesondere die von der Telekom, Post oder Bahn, schulen, sie brauchen eine entsprechende Fortbildung und Qualifizierung. Unsere Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aus dem Bereich der sozialen Dienste oder auch aus der Agentur bringen schon entsprechende Vorkenntnisse für diesen ganzen Bereich mit.

Das wird im Laufe dieses Jahres noch eine Anstrengung für alle werden, um dieses Zusammenwachsen, diese Orientierung auf die neue Aufgabe hin zu gestalten. Da müssen Bagis, Agentur und Amt für Soziale Dienste zusammenarbeiten und wollen das auch. Es gibt auch entsprechende Gremien, die sich mit diesem Prozess beschäftigen, um das zu steuern und voranzubringen.

**Präsident Weber:** Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Peters** (CDU): Ist es absehbar, wann die noch ausstehenden Raumprobleme gelöst werden können, oder gibt es da noch keine Lösungsansätze?

**Präsident Weber:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Röpke:** Auch das ist eine prozesshafte Entwicklung. In Teilen stehen die Räume zur Verfügung, problematisch, das wissen Sie auch, ist Bremen-Nord. Da haben wir mit ganz vielen Interimslösungen auf den letzten Metern eine Situation erreicht, dass überhaupt ab 1. Januar 2005 in Bremen-Nord eine Dependance mit leider mehreren Standorten vertreten war. Da brauchen wir eine bessere, eine optimale Lösung. Das ist auch noch nicht hundertprozentig geregelt. Das ist aber kein Wunder bei der kurzen Zeitschiene, die wir zur Verfügung hatten. Das wird sich auch hoffentlich im Verlauf dieses Jahres klären können.

**Präsident Weber:** Eine weitere Zusatzfrage durch die Abgeordnete Frau Schön!

Abg. Frau **Schön** (Bündnis 90/Die Grünen): Sie sind auf die überlassenen Mitarbeiterinnen, Mitarbeiter von der Telekom, von der Post schon eingegangen und auch, dass es da Schulungsbedarf gibt. Es sind jetzt ein Fünftel der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesem Team. Hat da denn schon eine Schulung stattgefunden?

**Präsident Weber:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Röpke:** Es laufen zurzeit Schulungen. Ich bin jetzt nicht informiert, wie viele Mitarbeiter aus welchem Bereich an welcher Schulung teilnehmen. Diese Schulungen waren jetzt aber auch erst möglich, da bis zum 1. Januar die ganze Kraft der Bediensteten darauf hinorientiert werden musste, um überhaupt den Leistungsbezug zu ermöglichen. Das war das primäre Ziel. Das haben wir geschafft, das hat geklappt. Jetzt müssen wir uns auf die anderen Bereiche, flankierende Maßnahmen, zum Beispiel Schulungen, Fortbildungen, konzentrieren und dies auch Stück für Stück auf den Weg bringen.

**Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Schön** (Bündnis 90/Die Grünen): Die 93 externen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die jetzt über die Amtshilfe kommen, werden jetzt geschult. Es fehlen auch noch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Zielzahl ist ja noch nicht erreicht. Wie wirkt sich das denn auf die Leistungsfähigkeit der Bagis aus, die ja vom 1. Januar an voll leistungsfähig sein sollte?

**Präsident Weber:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Röpke:** Dass die Bagis noch nicht zu 100 Prozent leistungsfähig ist, wie wir es uns alle vorstellen, habe ich ja schon ausgeführt, das wird auch niemanden überraschen, weil das nicht leistbar gewesen ist. Deswegen müssen wir alles daran setzen, um es hinzubekommen. Ich habe auch vor, mich jetzt hier noch einmal in Kürze mit dem neuen Chef der Agentur für Arbeit zu treffen, um mit ihm zu besprechen, wie wir diesen Prozess optimal gestalten können, wie wir das gemeinsam voranbringen können. Da müssen alle Ebenen miteinander arbeiten und versuchen, diese Reibungsverluste so gut wie möglich zu bewältigen. Ich sage aber auch ganz deutlich, das wird nach meiner Einschätzung noch das Jahr brauchen, bis wir da angekommen sind, wo wir hinwollen.

**Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Schön** (Bündnis 90/Die Grünen): Sie gehen also davon aus, dass es noch ein Jahr braucht, bis die Leistungsfähigkeit der Bagis hergestellt ist?

**Präsident Weber:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Röpke:** Die hundertprozentige! Leistungsfähig ist sie ja jetzt schon!

**Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Schön** (Bündnis 90/Die Grünen): Die Bagis beziehungsweise die Arbeitsmarktreflexionen hatten ja das Ziel, dass Arbeitslose beraten und schneller in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse vermittelt werden. Können Sie sagen, wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bagis denn gegenwärtig für diese Vermittlung eingesetzt werden und künftig, wenn die Bagis voll leistungsfähig ist, eingesetzt werden sollen?

**Präsident Weber:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Röpke:** Diese Zahlen habe ich jetzt nicht parat, da bitte ich um Verständnis. Ich bin aber gern bereit, es Ihnen in der Deputation zu berichten.

**Präsident Weber:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die fünfte Anfrage bezieht sich auf die **Zunahme des Lkw-Verkehrs im Bereich Bremerhavener Heerstraße**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Pflugradt, Kastendiek und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Pflugradt!

Abg. **Pflugradt** (CDU): Wir fragen den Senat:

Wie bewertet der Senat Aussagen von Anliegern der Bremerhavener Heerstraße, dass seit der Einführung der Lkw-Maut eine erhebliche Zunahme des Lkw-Verkehrs in diesem Straßenzug Bremerhavener Heerstraße, Auf den Delben, Industriehäfen zu verzeichnen ist?

Welche Maßnahmen beabsichtigt der Senat gegebenenfalls zu ergreifen, um der Zunahme des Lkw-Verkehrs in diesem Straßenzug entgegenzuwirken?

**Präsident Weber:** Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Eckhoff.

**Senator Eckhoff:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Der Senat wird die dargestellte Entwicklung prüfen. Er sichert zu, im Rahmen seiner Möglichkeiten alles zu unternehmen, um festgestellte mautverdrängte Lkw-Verkehre aus dem innerstädtischen Straßennetz herauszuhalten.

Nachdem sich die Einführung der Maut bekannterweise verzögert hat, ist es erst ab diesem Jahr möglich, Vergleichswerte der Lkw-Anteile im nicht bemauteuten Straßennetz zu erhalten. Diese Vergleichswerte liegen voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte vor und müssen anschließend noch ausgewertet werden. Im konkreten Fall ist ein zuverlässiger Vergleich aufgrund der Baustellensituation auf der A 27 zwischen den Anschlussstellen Ihlpohl und Ritterhude erst nach Fertigstellung der Ausbaumaßnahme - ab 2006 - möglich.

Es liegt im Interesse des Bundes und der Länder, mautverdrängte Verkehre möglichst vollständig zu erfassen und einer Verlagerung auf Parallelbeziehungsweise Alternativrouten nachhaltig entgegen-

genzuwirken. Neben Beschränkungen für den Lkw-Verkehr, zum Beispiel Nachtfahrverbote, ist die Möglichkeit zur Bemaunung dieser Straßenabschnitte zu prüfen.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Was ist eigentlich Bemaunung?)

Das heißt, dass sie zukünftig zahlen sollen, wenn sie auf diesen Straßen fahren möchten, Frau Hövelmann!

Es wird um Verständnis gebeten, dass zunächst zuverlässige Daten und die Ergebnisse über deren Auswertung vorliegen müssen, um die sich daraus ergebenden Schritte zur Umsetzung geeigneter Maßnahmen einleiten zu können. - Soweit die Antwort des Senats!

**Präsident Weber:** Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die sechste Anfrage in der Fragestunde befasst sich mit dem Thema „**Ampelabschaltungen**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Pflugradt, Focke, Kastendiek und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Pflugradt!

Abg. **Pflugradt** (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: In welchen Stadtteilen werden wie viele Ampeln inzwischen nachts beziehungsweise am Wochenende abgeschaltet?

Zweitens: Bis wann soll das Programm zur nächtlichen Abschaltung von Ampeln in allen Stadtteilen realisiert sein?

**Präsident Weber:** Auch diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Eckhoff.

**Senator Eckhoff:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Der Senator für Bau, Umwelt und Verkehr hat veranlasst, dass in allen Bremer Stadtteilen die Ampelschaltungen insbesondere für Nacht- und Wochenendzeiten überprüft werden. Nach den Verwaltungsvorschriften zu Paragraph 37 Straßenverkehrsordnung ist das „nächtliche Ausschalten von Ampelanlagen nur dann zu verantworten, wenn eingehend geprüft ist, dass auch ohne Lichtzeichen ein sicherer Verkehr möglich ist“. Deshalb setzt die Abschaltung von Ampelanlagen eine ausführliche Prüfung der Verkehrsverhältnisse voraus.

Die Aspekte der Sicherheit vorausgesetzt, verfolgt der Senator für Bau, Umwelt und Verkehr das Ziel, möglichst viele Ampeln in Bremen zu verkehrsschwachen Nachtzeiten oder am Wochenende abzuschalten. Dies reduziert überflüssige Wartezeiten, beschleunigt den Verkehrsfluss, reduziert Emissionen und die damit verbundenen Umweltbelastungen und trägt zu Stromkostensparnissen bei. Dies vorausgeschickt, beantwortet der Senat die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Grundsätzlich liegen die Abschaltzeiten zwischen 19 Uhr und 24 Uhr. An Samstagen wird zum Teil bereits ab 14 Uhr abgeschaltet. Zeitlich in Abhängigkeit vom Verkehrsaufkommen werden die Signalanlagen in der Zeit von fünf Uhr bis sieben Uhr wieder angeschaltet.

Nach Abschluss der jeweiligen Anhörungsverfahren und den damit verbundenen Verkehrsrechnerarbeiten ergibt sich in der Darstellung für die bereits erfassten Stadtteile dabei folgendes Bild:

In Burglesum werden nachts zukünftig 83 Prozent der Ampeln statt bislang 48 Prozent abgeschaltet. In Blumenthal werden nachts zukünftig 78 Prozent der Ampeln statt bislang 44 Prozent abgeschaltet. In Vegesack sind dies zukünftig 79 Prozent statt bislang 35 Prozent, im Stadtteil Osterholz-Vahr zukünftig 86 Prozent statt bislang 28 Prozent. In Obervieland werden nachts zukünftig 74 Prozent der Ampeln statt bislang 37 Prozent abgeschaltet, in Horn-Lehe zukünftig 87 Prozent der Ampeln statt bislang 45 Prozent und im Bereich Neustadt-Woltmershausen zukünftig 43 Prozent der Ampeln statt bislang 24 Prozent. Damit ergibt sich eine Gesamtabschaltquote für die Nacht in Höhe von 74 Prozent.

Die absoluten Zahlen, differenziert nach Abschaltungen an Wochenenden und in der Nacht, aufgeschlüsselt nach Stadtteilen, sind der verteilten Tabelle - ich hoffe, Sie haben sie mittlerweile vorliegen - zu entnehmen.

Zu Frage zwei: Für Bremen-Nord ist die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange abgeschlossen. Für alle nicht genannten Stadtteile ist noch die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange durchzuführen. Der Senator für Bau, Umwelt und Verkehr beabsichtigt, bis zur Sommerpause 2005 für alle Stadtteilbereiche die Abstimmung und Programmierung mit den neuen Abschaltzeiten durchgeführt zu haben.

**Präsident Weber:** Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die siebte und damit letzte Anfrage in der Fragestunde trägt den Titel „**Schaffung einer Integrierten Stadtteilschule am Standort Helgolander Straße**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Stahmann, Köhler, Frau Linert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin Stahmann!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen):  
Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat das Votum des Beirates Walle zur Umwandlung des Schulzentrums Helgolander Straße in eine Integrierte Stadtteilschule?

Zweitens: Liegen dem Senat weitere Beiratsvoten zum Schaffen von Integrierten Stadtteilschulen vor?

**Präsident Weber:** Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Lemke.

**Senator Lemke:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Der Senat begrüßt das Engagement des Beirats zur Weiterentwicklung des Schulzentrums Helgolander Straße, da das schwierige soziale Umfeld der Schule eine angepasste Schul- und Unterrichtskonzeption erfordert, die Schule als Reformschule eine lange Erfahrung mit einem integrierten Modell für die Haupt- und Realschule hat, das Schulgebäude mit großem Aufwand saniert und entkernt und für zeitgemäße Unterrichtsorganisation und Unterrichtsverfahren hergerichtet wurde und wird.

Eine abschließende Bewertung des Antrags zur Umwandlung in eine Integrierte Stadtteilschule wird erst vor dem Hintergrund der im März erfolgenden Anwahlen für die fünfte Klassenstufe möglich sein.

Zu Frage zwei: Weitere Anträge liegen zurzeit nicht vor. - Soweit die Antwort des Senats!

**Präsident Weber:** Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen):  
Es gab in der Bildungsdeputation bereits einen Beschlussvorschlag mit dem Ziel, eine Integrierte Stadtteilschule schon zu diesem oder zum kommenden Schuljahr anzubieten. Herr Senator Lemke, wann legen Sie nach der Anmeldezeit den Beschlussvorschlag der Deputation wieder vor?

**Präsident Weber:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Lemke:** Wir werden sicherlich das kommende Schuljahr nicht erreichen. Das wäre auch völlig unstrukturiert. Man kann sich nicht jeweils nach einem Votum so oder so entscheiden. Wir haben, wie ich Ihnen mitgeteilt habe, zurzeit nur diesen einen Antrag vorliegen. Im letzten Jahr hatten wir den Antrag vom Gerhard-Rohlf's-Schulzentrum. Den haben wir mittlerweile abgearbeitet, so wie die Schule und der Stadtteil es wollten.

Wir müssen uns anschauen, wie die Anwahlen zum kommenden Schuljahr sind. Das ist im Augenblick noch völlig offen. Wenn wir diese Anwahlen dann haben, müssen wir sie gemeinsam in der Bildungsdeputation analysieren und dann bedarfsorientiert reagieren. Das können wir nicht vorwegnehmen. Dann innerhalb von zwei, drei Monaten so eine weitreichende Entscheidung zu treffen, halte ich für kontraproduktiv, wenig zielführend. Wenn die Entscheidungen aber so eindeutig hin zu weiteren Integrierten Stadtteilschulen sind, dann werde ich der Deputation bedarfsorientiert entsprechende Vorschläge machen.

**Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen):  
Die Verwaltung hat der Bildungsdeputation bereits einen Beschlussvorschlag vorgelegt, der zurückgezogen wurde. Herr Senator, wie wollen Sie vermeiden, dass es zu einer erneuten Hängepartie kommt wie beim Gerhard-Rohlf's-Schulzentrum?

**Präsident Weber:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Lemke:** Das hat auch dort zu keiner Hängepartie geführt, zu dem Zeitpunkt ganz eindeutig nicht. Zu dem Zeitpunkt, als die Schule ihren Antrag vorlegen sollte, lagen verschiedene Dinge, die dem Antrag hinzuzufügen waren, nicht vor. Sie sind erst nachgereicht worden. Solche Verfahren müssen schon sehr sorgfältig durchgeführt werden.

Es gibt hier keine Hängepartie. Wir haben den Antrag. Ich habe mich sehr gefreut, dass der Beirat ihn einstimmig gefasst hat, das ist bei uns sehr wohl zur Kenntnis genommen worden. Das Haus steht auch positiv hinter diesem Beschluss, aber, wie ich es eben begründet habe, es muss sehr wohl durchdacht sein. Es müssen auch entsprechende Fortbildungsveranstaltungen durchgeführt werden. Ich sehe das überhaupt nicht als Hängepartie an, sondern wenn jetzt das Votum weiter dahin geht, so wie wir es auch in Bremen-Nord erlebt haben, dann werde ich Ihnen im Herbst, wenn

die Entscheidung wieder ansteht, den Vorschlag unterbreiten, die Helgolander Straße zu einer Integrierten Stadtteilschule umzuwandeln. Wenn aber auch andere Dinge deutlich werden, dass Eltern andere Schulen anwählen wollen oder andere Schularten, dann werden wir uns bedarfsorientiert entscheiden.

**Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, könnten Sie noch einmal kurz darlegen, wie sich insgesamt die Resonanz auf die Integrierten Stadtteilschulen im letzten Schuljahr abgezeichnet hat?

**Präsident Weber:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Lemke:** Wir haben im letzten Schuljahr durch die neuen Schulstrukturen einen riesigen Erfolg gehabt, wie Sie wissen, dass den Eltern anwählen bis auf einen einzigen Prozentpunkt entsprochen werden konnte. Das heißt, 99 Prozent der Eltern konnten ihre Kinder dort in die Schulen geben, die sie selbst angewählt haben, auf der Anmeldung angekreuzt haben.

Das heißt, das war sehr erfolgreich, und ich habe mit Freuden zur Kenntnis genommen, dass die Integrierten Stadtteilschulen sehr stark angewählt worden sind, ebenso die Gymnasien, allerdings war es signifikant, dass im Vergleich zum Vorjahr, von fünf auf sechs, 65 Prozent der Eltern ihre Kinder mehr als im Vorjahr auf Integrierte Stadtteilschulen angemeldet haben. Das ist einzigartig, das gibt es in keinem anderen Bundesland, wo so ein signifikantes Ergebnis erzielt worden ist. Deshalb ist meine Interpretation an der Stelle völlig eindeutig.

**Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte, Herr Kollege Rohmeyer!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Herr Senator, sind Sie mit mir der Auffassung, dass es auch andere positive Weiterentwicklungen von Schule geben kann als, wie Sie ausgeführt haben, nur in Richtung Integrierter Stadtteilschule?

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Hat er doch gar nicht gemacht!)

**Präsident Weber:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Lemke:** Ich habe eben sehr deutlich darauf hingewiesen, lieber Herr Rohmeyer, dass auch Gymnasien sehr stark angewählt worden sind, aber ich an keiner Stelle in der Stadt im Augenblick den Bedarf habe, ein Schulzentrum in ein

durchgängiges Gymnasium umzuwandeln. Ich habe eben ausdrücklich gesagt, auch mit Blick auf Ihre Fraktion, dass wir uns am Bedarf orientieren wollen und jetzt nicht nur einäugig durch die Stadt gehen, sondern wir wollen uns an dem Bedarf der Eltern orientieren.

**Präsident Weber:** Haben Sie den Wunsch, eine weitere Zusatzfrage zu stellen? - Bitte sehr!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Nur eine Anmerkung! Herr Senator, Sie haben zu Beginn der offiziellen Antwort des Senats, die Sie verlesen haben, gesagt, dass der Senat hier die Entwicklung als Beitrag zur Weiterentwicklung von Schule begrüßt, und dahingehend war meine Frage, ob das die einzige Form der Weiterentwicklung ist, aber anscheinend sind Sie der Auffassung, dass es mehrere Formen der Weiterentwicklung als nur in die einseitige Richtung einer Integrierten Stadtteilschule geben kann.

**Präsident Weber:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Lemke:** Das ist doch völlig klar! Wir entwickeln uns ja ständig weiter, und wir werden ständig besser, und da werden wir auch nicht aufhören.

**Präsident Weber:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Damit ist der Tagesordnungspunkt erledigt.

### **Aktuelle Stunde**

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

### **Bericht über „Entbürokratisierung und Modernisierung der Verwaltung sowie Abbau von Regelungen“**

#### **Ortsgesetz zur Bereinigung des bremischen Rechts**

Mitteilung des Senats vom 7. Dezember 2004  
(Drucksache 16/270 S)

Die Aussprache hierüber wird im Landtag stattfinden.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Zuerst lasse ich über das Ortsgesetz abstimmen.

Wer das Ortsgesetz zur Bereinigung des bremischen Rechts beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Im Übrigen nimmt die Stadtbürgerschaft von der Mitteilung des Senats, Drucksachen-Nummer 16/270 S, Kenntnis.

### **Zwischenbilanz des Stromsparens**

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU

vom 16. Dezember 2004

(Drucksache 16/276 S)

Dazu

### **Mitteilung des Senats vom 8. Februar 2005**

(Drucksache 16/297 S)

Dazu als Vertreter des Senats Senator Eckhoff.

Gemäß Paragraph 29 unserer Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antwort auf die Große Anfrage in der Bürgerschaft mündlich zu wiederholen.

Ich gehe davon aus, Herr Senator Eckhoff, dass Sie die Antwort des Senats, Drucksache 16/297 S, auf die Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU nicht mündlich wiederholen möchten.

Auf die Antwort des Senats auf Große Anfragen folgt eine Aussprache, wenn dies Mitglieder der Bürgerschaft in Fraktionsstärke verlangen.

Ich frage, ob in eine Aussprache eingetreten werden soll. - Das ist der Fall.

Die Aussprache ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Schuster.

Abg. **Dr. Schuster** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich muss gestehen, sehr zufrieden stellend finde ich die Antwort auf die Anfrage nicht. Nicht, weil dort irgendetwas verheimlicht wurde, sondern weil es sich insgesamt zeigt, dass Energiesparen beziehungs-

weise Stromsparen keine Priorität des Senats ist, für die man sehr viel Kraft aufwendet!

Zunächst möchte ich kurz das Gute, was in der Antwort deutlich wird, herausheben. Das ist zum einen, dass Stromsparen zum Erfolg führt. Immerhin konnten 273.000 Kilowattstunden eingespart werden. Das entspricht einer Einsparsumme von etwa 38.000 Euro. Rechnet man dagegen, welche Ausgaben notwendig waren, um das zu generieren, kommt man dazu, dass sich das Ganze in vier Jahren amortisiert. Das ist eine vernünftige Sache, und ich glaube, dass sich zeigt, was wir immer gesagt haben, nämlich dass Energiesparen und Stromsparen nicht nur umweltpolitisch, sondern auch haushaltspolitisch sinnvoll ist.

Das zweite Gute ist aus meiner Sicht, dass der Senat beabsichtigt, es nicht nur auf Stromsparen zu begrenzen, sondern den Energieverbrauch von Gebäuden insgesamt in den Blick zu nehmen. Das Energie-Optprogramm weist in die richtige Richtung. Ich hoffe nur, dass die Punkte, die ich jetzt als Kritik habe, dabei beachtet werden. Was ich nämlich nicht verstehe, ist das schier atemberaubende Tempo, das da vorgelegt wird und mit dem der Senat hier an die Arbeit geht. Man muss sich die Abläufe einmal verdeutlichen. In einem Zeitraum von gut zwei Jahren ist es gerade einmal gelungen, sechs Gebäude auszuwählen und planerisch so weit vorzubereiten, dass dort investive Maßnahmen zum Stromsparen getroffen werden. Jetzt wird man 2005 dazu kommen, das durchzuführen, und wahrscheinlich braucht man bei dem Tempo ein Jahr Auswertungsphase, bis man sagen kann: Hat sich das eigentlich gelohnt? Können wir real weitermachen, oder gibt es da Schwierigkeiten? Hier wird noch nicht einmal das Tempo einer Schnecke erreicht. Gerade angesichts der Informationen, die wir im Juli beziehungsweise im August zur Kenntnis nehmen mussten, verstehe ich das überhaupt nicht.

Im Juli und August letzten Jahres mussten wir zur Kenntnis nehmen, welche Ergebnisse die Ausschreibung der Stromversorgung für öffentliche Gebäude und für die öffentliche Hand hatte. Da kam heraus, dass in einem Zwei-Jahres-Zeitraum die Energiekosten um ungefähr 925.000 Euro steigen werden. Das sind für die einzelnen Ressorts alles Ausgaben, die im konsumtiven Bereich erwirtschaftet werden müssen. Das macht beispielsweise für das Bildungsressort 325.000 Euro in zwei Jahren aus, die dort nur durch steigende Strompreise zustande kommen.

Diese Summen zeigen meines Erachtens, dass es sich doch lohnen würde - und auch die Modellrechnungen, die bisher angestellt werden, belegen das -, dass es sich in vielen Bereichen sehr

schnell rechnet, auch mit investiven Maßnahmen Stromsparen voranzubringen, um dort auch gerade angesichts der Haushaltsnotlage zu relevanten Einsparungen zu kommen. Insgesamt geht es um Energiekosten von 7,7 Millionen Euro in zwei Jahren, also knapp vier Millionen Euro in einem Jahr, die allein für Strom ausgegeben werden. Dies verweist auf ein erhebliches Sparpotential.

Das Zweite, was ich überhaupt nicht verstehe, ist die Finanzierungsart, die der Senat jetzt gewählt hat. Auf der einen Seite haben wir jahrelang versucht, das Mieter-Vermieter-Verhältnis im Liegenschaftsbereich umzusetzen. Dafür haben wir viele Gesellschaften gegründet, meines Erachtens inzwischen sogar zu viele, aber vielleicht wird ja die eine oder andere dann doch noch einmal fusionieren. Jetzt zeigt sich, dass dieses Prinzip beim Stromsparen keine Relevanz hat, denn die Nutzer sollen die Investition selbst bezahlen. Ich möchte einmal die Frage stellen: Wie würde man selbst als Mieter reagieren, wenn der Vermieter anbietet, Sie können das alles selbst bezahlen, später sparen Sie ja Energiekosten ein?

(Vizepräsident Ravens übernimmt den Vorsitz.)

Da wird ein Prinzip völlig umgekehrt und gleichzeitig Stromsparen von äußerst knappen konsumtiven Haushalten der Ressorts abhängig gemacht, die nicht die notwendigen finanziellen Möglichkeiten haben. Wenn man das zentral organisiert, über Kreditaufnahme, die sich in relativ kurzer Zeit in Zeiträumen von fünf, wie wir hier lesen, bis 14 Jahren amortisiert, dann kann man das über eine Zentralisierung dieser Investition leichter realisieren, statt es den Ressorts einzeln zu überlassen.

Weiter verstehe ich überhaupt nicht, weswegen das Ressort nicht einmal die Ansätze, die es in anderen Bereichen mit der Stromversorgung macht, nämlich bei der öffentlichen Beleuchtung, überhaupt mit in Erwägung zieht. Es könnte versucht werden, Stromsparen über Contracting zu finanzieren und damit privates Kapital zu nutzen. Dies käme nicht nur der Umwelt zugute, sondern gleichzeitig auch unserem Haushalt. Aus meiner Sicht ist hier Nachholbedarf, wenn Stromsparen nicht nur eine Floskel sein soll, sondern wenn man das in der gegebenen und notwendigen Dimension angehen will. Ich hoffe, dass der Senat dazu kommt, hier möglichst rasch gerade auch unter Haushaltsgesichtspunkten nachzulegen. - Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Ravens:** Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Focke.

Abg. **Focke** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei dem geringen und nicht investiven Bereich haben wir 273.000 Kilowattstunden gespart. Das sind etwa 40 Prozent von dem, was wir uns bis zum Jahr 2008 vorgenommen haben. Jetzt haben wir das Jahr 2005. So schlecht, finde ich, ist dieser Bereich nicht. Da liegen wir gut im Trend. Auf die investiven Maßnahmen hat Herr Schuster richtig hingewiesen, ich will das aber nicht mit dieser pauschalen Kritik verbinden, Herr Schuster. Wir diskutieren hier sehr über investive Maßnahmen, und ich bin einmal sehr gespannt, wie wir am Ende der Beratungen, die wir wegen des Sanierungshaushaltes oder der dritten Sanierungsphase durchführen, am Ende dastehen werden.

Um den Strom sparen zu können, müssen wir erhebliche Investitionen tätigen, das haben Sie selbst gesagt. Wenn wir das Ziel wirklich erreichen wollen, dann müssen wir diese Investitionen auch in relativ kurzer Zeit durchführen. Da werden wir uns wahrscheinlich öfter einmal sehen und treffen. Wir sind ja sehr dafür, dass wir investieren und dabei auch den entsprechenden Energieverbrauch sparen, aber dazu gehört, und das ist wichtig, dass auch wirklich investiert werden kann.

Ich glaube, man darf nicht zu viel Kritik an diesem bisherigen Stand des Stromsparprogramms üben. Es ist beschlossen worden und musste auch erst in einer Phase eingeführt werden, es musste untersucht werden, es ist ausgesucht und ausgewählt worden, welche Dinge im investiven Bereich zuerst passieren sollen, und da ist auch eine ganze Menge passiert. Es ist so, dass es erst im Jahr 2004 richtig angelaufen ist. 2003 waren es doch sehr geringe Werte, die da erzielt worden sind, aber im Jahr 2004 sind ja schon einige Dinge passiert, die wesentlich zu diesen 273.000 Kilowatt beigetragen haben. In der Tabelle zwei bei den Sanierungsprojekten und Gebäudesanierungsprogrammen mit Anwendung der Stromsparrichtlinien ist doch auch jetzt eine ganze Menge eingeführt worden. Ich glaube, da bewegt man sich auf einem ganz guten Weg. Wenn die Investitionen dann auch noch so kommen, wie sie sein müssten, dann würden wir auch noch mehr sparen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Ravens:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Kollegin Frau Dr. Mathes.

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und

Herren! Wir Grünen stimmen der hier von Herrn Schuster dargelegten Kritik im vollen Umfang zu.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ich möchte den Themenbereich doch noch einmal etwas übergeordnet aufziehen. Worum geht es denn eigentlich? Es geht darum, dass mit Energiesparmaßnahmen ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet wird und dass gleichzeitig der Bremer Haushalt entlastet wird. Diese Initiative, den Weg überhaupt zu beschreiten und in diese Richtung zu gehen, geht zurück auf eine Initiative des Parlaments, und ich finde, meine Vorredner hätten das ruhig erwähnen können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Im Jahr 2000 haben wir hier einen gemeinsamen interfraktionellen Antrag verabschiedet, der da hieß „Ökostrom für Bremen“. Herausgekommen ist dann dieses Stromsparprogramm des Senats. Während der Debatte zu der dann daraus resultierenden Senatsmitteilung hat Herr Dr. Schuster schon damals seine Verwunderung zum Ausdruck gebracht, dass die Bremer Regierung nicht früher gehandelt hat, und er stellte fest - Herr Schuster, ich zitiere aus der 35. Sitzung am 22. März 2001 mit Erlaubnis des Präsidenten -: „Wir sind froh, dass wir gemeinsam diesen Antrag gestellt haben. Wir sind dadurch, glaube ich, schon einen wesentlichen Schritt weiter gekommen, auch das Bewusstsein zu schärfen, dass Energieeinsparung und damit ökologisch sinnvolles Verhalten auch unter haushaltspolitisch engen Vorgaben sehr gut möglich ist und sogar Vorteile bringt.“

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dies und die Ergebnisse der Einsparpotentiale zeigen doch vor allem eines, meine Damen und Herren, sie zeigen, dass die große Koalition verdammt lange geschlafen hat! Klimaschutz war für den Senat jahrelang ein Fremdwort. Damit wurde die Umwelt unnötig aufgeheizt und das Geld zum Fenster hinausgepusht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Nun, dank dieser gemeinsamen Initiative, die mich auch bis heute noch freut - es war, finde ich, eine schöne Sache damals, dass auch die Partner der großen Koalition bereit waren, einen Weg mit den Grünen zu gehen -, seitdem ist dieses Stromsparprogramm implementiert worden, aber es ist eben, wie Herr Schuster ja schon aufgezeigt hat, viel zu langsam umgesetzt worden, und zwar zu langsam auch deswegen, weil es beim Klimaschutz nicht

fünf vor zwölf ist, sondern beim Klimaschutz ist es bereits fünf nach zwölf.

Die überwiegende Mehrheit der Klimaforscher weist auf die Notwendigkeit drastischer CO<sub>2</sub>-Einsparungen seit Jahren, Jahrzehnten fast, hin, weil nämlich sonst die möglichen Temperaturerhöhungen ein Ausmaß erreichen, das verheerend sein kann, weil die Gletscher sonst weiter abschmelzen, weil extreme Witterungsverhältnisse wie Stürme und Überschwemmungen weiter zunehmen und so weiter. Man könnte hier beliebig lange aufzählen. Eines ist aber auch klar: Das Ausmaß der auf die Menschheit zukommenden Veränderungen ist sicher noch lange nicht absehbar. Deswegen wäre ein „Weiter so“ fahrlässig und verantwortungslos.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Eines ist auch klar, der Klimaschutz muss weltweit passieren. Aber er wird nur passieren, wenn er an jedem lokalen Ort, in jeder Stadt, in jedem Land auch umgesetzt wird, wenn dort die Maßnahmen ergriffen werden. Hier hat sich Bremen nun wirklich nicht mit Ruhm bekleckert, wie die Zwischenbilanz des Stromsparprogramms zeigt. Ich muss noch einmal Herrn Schuster Recht geben: Das Tempo ist das einer Schnecke, zusammengefasst, das ist das richtige Bild.

Ich muss auch Herrn Focke korrigieren, was die Zahlen betrifft, weil er eine falsche Basis genommen hat. Er sagt, wir haben 40 Prozent erreicht, aber 40 Prozent von den gering- beziehungsweise nicht investiven Maßnahmen.

(Abg. Focke [CDU]: Habe ich gesagt!)

Ja, aber die richtigen Zahlen werde ich Ihnen jetzt einmal nennen, was das nämlich heißt. Bei den 50 Gebäuden mit auffällig hohem Stromverbrauch könnten 1,45 Millionen Kilowattstunden eingespart werden. Davon erzielt wurden 273.000 Kilowattstunden. Das sind nicht einmal 20 Prozent des Möglichen bei diesem kleinen Programm. Das heißt, man könnte stattdessen in diesem kleinen Programm mehr als tausend Tonnen CO<sub>2</sub> einsparen, und man könnte statt 38.000 Euro jährlich bereits 200.000 Euro jährlich für den Bremer Haushalt gespart haben. Das heißt, das, was bisher umgesetzt wird, ist wirklich keine Erfolgsstory und kein Umweltschutz so, wie er nötig ist zu unseren Zeiten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte jetzt auch noch einmal besonders die Haushaltspolitikerinnen und -politiker ansprechen,

(Abg. Frau Wiedemeyer [SPD]: Entscheiden tun die Fachdeputierten!)

weil ich irgendwie die Überzeugung habe, so richtig wurde das von der Seite auch noch nicht realisiert, welche Belastung man dauerhaft für den konsumtiven Haushalt hier einsparen kann. Mit diesem kleingebackenen Programm Stromsparen sind es schon einmal jährlich 200.000 Euro für die paar Gebäude, die man bisher betrachtet hat. Wenn man das wirklich konsequent umsetzt, dann ist es hier wirklich ein Paradebeispiel für eine Symbiose von Ökologie und Ökonomie, wo gleichzeitig der Bremer Haushalt dauerhaft, für immer entlastet wird und ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, neben diesen Defiziten möchte ich jetzt noch auf ein anderes hinweisen, nämlich auf eine fehlende Transparenz, und bisher ist mir das eigentlich auch noch nicht so in der Form vorgekommen. In der Senatsmitteilung heißt es doch tatsächlich, ich zitiere hier mit Genehmigung des Präsidenten: „Die Untersuchungsergebnisse weisen ein maximales Stromsarpotential von zirka 1,45 Millionen Kilowattstunden aus, das zu gut der Hälfte durch investive Maßnahmen, zur anderen Hälfte durch gering- und nicht investive Maßnahmen erschließbar ist. Eine detaillierte Darstellung hierzu ist in der Senatsvorlage vom 15. Mai 2003 enthalten, auf die sich auch die Fragestellung dieser Großen Anfrage bezieht.“ Soweit das Zitat!

Meine Damen und Herren, weder uns Grünen als Opposition noch den Bürgerinnen und Bürgern wurde diese Senatsvorlage zugänglich gemacht. Das heißt, weder wir noch die Öffentlichkeit können genau beurteilen, was denn der Senat damals beschlossen hat, und dann bewerten, inwieweit er seine eigenen Beschlüsse umgesetzt hat. Wir fordern die Regierung jetzt auf, umgehend die in dieser Senatsmitteilung versteckten Informationen einer breiten Öffentlichkeit auch zugänglich zu machen, damit man weiß, was denn von den Beschlüssen dieser Regierung passiert ist und was nicht!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir Grünen erwarten auch, dass der Senat endlich die Einsparpotentiale an Energie ausschöpft. Bisher sind offensichtlich keinerlei investive Maßnahmen, mit denen nämlich die deutlichsten Einsparungen erreicht werden könnten, umgesetzt worden, das heißt bisher keinerlei investive Maßnahmen in diesem Bereich, wo das doch gerade wirklich kluge und risikoarme Investitionspolitik

wäre! Sie stärkt nämlich das Handwerk, sie entlastet den Haushalt, und sie schont die Umwelt. Besser können wir es nicht haben! Deshalb erwarten wir Grünen, dass der Senat endlich in diesem Sinne zum Wohle Bremens handelt. - Danke!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsident Ravens:** Das Wort erhält Herr Senator Eckhoff.

**Senator Eckhoff:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Manche Debatten entwickeln sich doch anders, als man es vermutet hätte! Ich möchte zunächst einmal feststellen, dass die Kritik in der Form, wie sie hier von Herrn Dr. Schuster, aber auch gerade von Frau Dr. Mathes geäußert worden ist, mich schon ein bisschen überrascht.

(Abg. Frau Wiedemeyer [SPD]: Bei zwei von drei Rednern würde mir das aber zu denken geben!)

Nicht, weil ich auch die Auffassung habe, dass man im Bereich Stromsparen und Energiesparen noch immer mehr machen kann, aber weil ich doch schon überrascht bin, dass, wenn die Kritik an dem Tempo der Umsetzung dieses Programms besteht, man zumindest darüber auch einmal in der Umweltdeputation in irgendeiner Form kurz hätte sprechen können! Dafür ist normalerweise so ein Gremium auch da. Da ist von Ihnen beiden in diese Richtung nicht einmal etwas problematisiert oder kritisiert worden.

Wer weiß, wie schwierig es ist - im Moment verhindern die Bildungspolitiker einmal wieder den Blickkontakt zwischen den Umweltpolitikern, Herr Rohmeyer -, also, wer weiß, wie schwierig gerade größere Investitionsmaßnahmen sind, weil in erster Linie häufig die Gebäude, die einen hohen Verbrauch haben, alte Gebäude sind und es sich dort dann auch um sehr komplexe Sanierungsvorhaben handelt, der weiß auch, dass es gerade in diesen Gebäuden einen längeren Vorlauf gibt als bei anderen Gebäuden. Das erklärt auch, dass wir in dem kleineren Bereich Maßnahmen vorgezogen haben, wo mit einem geringeren Mitteleinsatz tatsächlich dann auch Ergebnisse, und Herr Dr. Schuster hat ja selbst gesagt, positive Ergebnisse, erzielt worden sind.

Ich glaube, dass wir auf diesem Feld weiter etwas machen müssen, dass dies hier auch nicht das Ende der Fahnenstange ist, und ich habe auch kein Problem damit, wenn wir alle gemeinsam feststellen, wir müssen das Tempo da noch erhöhen. Herr Focke hat ja gerade die Prozentsätze angesprochen, und Frau Dr. Mathes, auch wenn Sie die Prozentsätze relativiert haben, würde ich

im Verhältnis zu den Zielen die ersten Schritte und Ergebnisse nun nicht als Schnecken-tempo bezeichnen. Ich finde diese Kritik beim besten Willen, Herr Dr. Schuster, unangemessen.

(Abg. Focke [CDU]: Auch für die Vorgängerin!)

Es tut mir Leid, wenn Ihnen die Senatsvorlage vom 15. Mai 2003 nicht vorliegt, Frau Dr. Mathes. Zumindest Herr Schuster muss sie vorgelegen haben, weil sich die Fragesteller auf diese Vorlage beziehen, wie das auch festgehalten ist. Also, Herr Dr. Schuster hat sie wahrscheinlich, aber ich habe kein Problem damit, diese Senatsvorlage auch bei der nächsten Sitzung der Deputation für Umwelt und Energie dann allen Deputationsmitgliedern zugänglich zu machen. Das sind keine Geheimveranstaltungen, und Sie wissen genau, dass wir Ihnen auch sehr häufig Senatsvorlagen, wenn sie eine Relevanz für Beratungen in den Deputationen haben, einfach mit einem Vorblatt zur Kenntnis geben. Wenn das gewünscht wird, können wir das noch nachholen.

Aber ich glaube schon, dass wir uns alle, und das ist wichtig, dahinter versammeln müssen, dass das Thema Energieeinsparung und speziell in diesem Fall Stromeinsparung ein ganz wichtiges ist. Dann müssen wir auch generell fragen, und da bin ich sehr froh, Herr Dr. Schuster ist ja auch im Haushaltsausschuss, wie wir zum Beispiel mit den Amortisationsberechnungen umgehen. Das sehen Sie, finde ich, sehr gut dargestellt auf der letzten Seite, dass wir extra auch noch einmal diese Fallbeispiele genommen haben, an denen man sieht, dass es durchaus Fälle gibt, die über den beim Senator für Finanzen vorhandenen Fonds der Amortisationszeiten hinausgehen. Dort gibt es ja den Fonds für betriebswirtschaftliche Maßnahmen, mit dem man Gelder auch dafür einsetzen kann.

Die Frage ist jetzt: Wie gehen wir damit um, wenn man über diesen Zeitraum kommt? Es ist energiepolitisch sinnvoll, es ist umweltpolitisch sinnvoll, aber es erfüllt diese direkten Kriterien nicht. Ich glaube, Herr Dr. Schuster, an dieser Stelle sind Sie auch als Mitglied des Haushaltsausschusses gefordert, dann dafür zu sorgen, dass diese Zeiten für solche sinnvollen Stromeinsparnotwendigkeiten entsprechend reduziert werden, und ich hoffe, dass Sie das dann auch unterstützen. Das würde vielleicht dazu führen, dass man dann der Schnecke, um bei Ihrer Ausdrucksweise zu bleiben, vielleicht auch ein bisschen Beine machen kann.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Schnecken mit Beinen? - Abg. Focke [CDU]: Tausendfüßler!)

Ich möchte darüber hinaus appellieren, da wir im Moment so viel über Investitionsmaßnahmen sprechen und sicherlich in den nächsten Monaten auch noch sprechen werden, dass wir zumindest dann auch überlegen, wie wir mit dieser Thematik zukünftig umgehen wollen, wie wir Maßnahmen einschätzen. Das müssen nicht nur Stromeinsparmaßnahmen oder umweltschonende Maßnahmen sein, die auch beim Investitionshaushalt direkte Auswirkungen auf den konsumtiven Bereich haben und diesen entsprechend reduzieren.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Das Haus scheint zu wünschen, dass der Senat das bei seinen Eckwerten auch berücksichtigt!)

Ja, und der Senat wünscht, dass beim beschlossenen Haushalt der Bürgerschaft das auch entsprechend berücksichtigt wird, Frau Linnert, weil Sie, glaube ich - -.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Der Senat legt den Haushaltsentwurf vor!)

Ja, aber den endgültigen Beschluss über den Haushalt fasst das Parlament! Dann ist es gut. Mein Wunsch ist dann an die Parlamentarier, Frau Linnert, dann möchte ich das als Wunsch formulieren, dass bei den zukünftigen Beratungen auch berücksichtigt wird, dass solche Maßnahmen in irgendeiner Form besonders hervorgehoben werden und dass solche Investitionsmaßnahmen notwendig sind, denn in einem sind wir uns, glaube ich, alle einig, auch Herr Dr. Schuster, dass diese Maßnahmen, die definiert worden sind und zu den entsprechenden Einsparungen kommen, jetzt auch möglichst schnell umgesetzt werden sollen. Das wird in erster Linie ein finanzpolitisches Problem sein, und wenn da alle Fraktionen in diesem Hause einig sind, dann, bin ich mir sicher, werden wir auch bis zum Jahr 2008 diese definierten Maßnahmen tatsächlich umsetzen können.

Das ist mein Ziel, dazu haben wir jetzt noch insgesamt dreieinhalb Jahre Zeit bis zum Ende des Jahres 2008, und da, glaube ich, lässt sich das eine oder andere auch erreichen. Wenn Sie da noch Tipps haben, bin ich jederzeit gern bereit, Ihre Tipps anzunehmen, wie wir dieses Tempo dann auch erhöhen können. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Ravens:** Das Wort erhält der Abgeordnete Dr. Schuster.

Abg. **Dr. Schuster** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Tipps zu ge-

ben will ich gern versuchen. Wenn man an Sparen denkt, dann ist es immer sinnvoll, da zu sparen, wo man sogar noch positive Effekte für die Leistungserbringung oder für sonstige politische Ziele erreicht. Dafür ist Energiesparen ein Beispiel par excellence, denn, das hatte Karin Mathes sehr deutlich gesagt, es lohnt sich zum einen finanziell und zum anderen für die Umwelt, weil das größte CO<sub>2</sub>-Minderungspotential zurzeit immer noch die Verminderung der CO<sub>2</sub>-Emissionen aus dem Gebäudebestand heraus ist, die von Strom und Heizung jeweils erzeugt werden. Das ist das Potential, mit dem man am schnellsten und kostengünstigsten etwas machen kann.

Dementsprechend war auch nicht die Kritik, dass die kleineren Maßnahmen zuerst gemacht werden. Das ist logisch, denn sie brauchen kaum Planungsvorlauf, und das soll man dann so schnell wie möglich machen, das habe ich hier auch extra gewürdigt. Die Kritik setzt da an, dass man sechs Modellvorhaben hat. Man braucht dafür nicht so viele Modelle, denn dass Energiesparen sich lohnt, kann man an vielfältigsten Studien seit vielen Jahren ablesen, wo das von verschiedenen Seiten immer wieder ausprobiert wurde.

Wir müssen einfach etwas kreativer herangehen und nicht sagen, wir müssen das jetzt haushaltspolitisch ganz genau absichern. Der Grundgedanke ist doch beim Energiesparen ganz einfach der, einen eigenen Finanzkreislauf zu bilden. Bei Investitionen, die wir tätigen müssen, muss dafür gesorgt werden, dass die Kosteneinsparungen durch den verringerten Energieverbrauch wieder in den Kreislauf zurückgeführt werden. So eine Finanzierung könnte man bei uns innerhalb des Rahmens der GBI ansiedeln, oder man könnte dafür Energieversorger nutzen, wie Sie es selbst schon gemacht haben bei der Straßenbeleuchtung.

Wieso machen wir nicht eine entsprechende Ausschreibung, die beinhaltet, dass nur derjenige den Zuschlag erhält, der einen bestimmten Stromsparbeitrag realisiert? Wie viel Prozent dann realistisch sind, muss man sicherlich prüfen. Die nächste Ausschreibung wird im nächsten Jahr vorbereitet werden, weil wir ab dem Jahr 2007 wieder neue Stromlieferverträge haben. In diese Richtung müssen wir denken und das entsprechend vorantreiben. Ich bin dann auch gern bereit, das ausführlich in der Umweltdeputation zu behandeln, denn das ist in der Tat der Ort, wo man diese Fachdiskussion führen muss.

Ich will hier auch sagen, weswegen ich das nicht vorher in der Umweltdeputation angesprochen habe: Es ist bekannt, dass die Umweltpolitiker sich schon immer einig waren, dass das sinnvoll

ist, dass aber sehr viel Widerstand von verschiedensten Ressorts wie von Seiten der bauenden Stellen und bauenden Gesellschaften zu überwinden war und ist. Deswegen ist es wichtig, dass wir das hier zusammen im Parlament diskutieren und hier deutlich machen, dass das gesamte Parlament das für eine wesentliche Sache hält, mit der man sinnvoll sparen kann. Die richtigen Einsparbeiträge werden sicherlich erst in fünf bis sechs Jahren zu generieren sein, weil die Investitionen abgetragen werden müssen. Aber es lohnt sich trotzdem! - Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Ravens:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats mit der Drucksachen-Nummer 16/297 S auf die Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU Kenntnis.

**Vorhaben- und Erschließungsplan 43 (vorhabenbezogener Bebauungsplan) zur Errichtung eines Verbrauchermarktes für ein Grundstück an der Schwaneweder Straße zwischen Haus Nr. 196 und Haus Nr. 208 (Flurstück 199/2 der Flur VR 152) in Bremen-Blumenthal**

Mitteilung des Senats vom 18. Januar 2005 (Drucksache 16/286 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Vorhaben- und Erschließungsplan 43 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

**Qualitätsstandards für Ganztagschulen**

Mitteilung des Senats vom 18. Januar 2005 (Drucksache 16/287 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Lemke.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält die Abgeordnete Frau Stahmann.

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Beim Thema Ganztagschulen lässt sogar Herr Rohmeyer mir heute den Vortritt. Ich weiß noch nicht, wie ich das deuten soll.

Wir debattieren heute über Qualitätsstandards von Ganztagschulen in der Stadt Bremen, wir haben mittlerweile 24. Ich finde, das ist eigentlich eine sehr positive Bilanz, die wir hier als Bürgerschaft ziehen können.

(Beifall bei der SPD)

Grund für diese Debatte war auch ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, ein Änderungsantrag zu einem Antrag der großen Koalition mit dem Auftrag an den Senat, die Qualitätsstandards für Ganztagschulen der Bürgerschaft vorzulegen. Dem kommt der Senat heute nach.

Ich finde, das Thema ist aktueller denn je, denn der Bildungssenator hat mit seinen Äußerungen, künftig an Schulen zwei Drittel Lehrer und ein Drittel anderes Personal bei gleichbleibenden Bildungsausgaben einzusetzen, für große Unruhe an den Schulen gesorgt, und ich habe mich auch über diese unpräzisen Äußerungen oder, wie ich finde, auch salopp hergesagten Äußerungen gegenüber den „Elmshorner Nachrichten“ sehr gewundert, Herr Lemke! Das gehört auch notwendigerweise zur heutigen Debatte.

Künstler, Sportler oder Handwerker können sinnvoll in die Arbeit von Schulen einbezogen werden, da gibt es keinen Dissens mit der grünen Bürgerschaftsfraktion. Ihr Einsatz darf aber kein Lehrersatz sein. Es geht nämlich um neue Unterrichtsformen, um bessere Bildung und nicht um möglichst billiges Betreuungspersonal.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Das finde ich auch!)

Der Personalmix wird bereits heute an einigen Schulen sehr erfolgreich praktiziert. Kollegin Hövelmann nickt! Da gibt es Beispiele aus Findorff, aus der Neustadt.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Das stimmt gar nicht, dass ich genickt habe! Das ist überhaupt nicht wahr!)

Es sah so aus! Das habe ich mir wahrscheinlich gewünscht, Frau Hövelmann.

Dieser sinnvolle Ansatz wird vor die Wand gefahren, wenn der Senator daraus ein reines Sparkonzept macht. Im Zentrum muss nach dem Pisa-Debakel die Frage stehen, wie wir die Bildung aller Kinder und Jugendlichen verbessern, und nicht, wie man möglichst billig eine längere Betreuung in den Schulen organisieren kann. So hatte ich das bisher verstanden, dass das eigentlich auch Konsens im Haus ist, weil wir uns alle zu verbindlichen Ganztagschulen bekannt haben.

Für das „Kerngeschäft“ Unterricht brauchen wir gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer. Seit langem fordern die Grünen „Geld statt Stellen“ für die Schulen. Wir haben in der letzten Bürgerschaft deutlich gemacht, dass wir durch einen konsequenten Bürokratieabbau und mehr Autonomie der Schulen hier auch deutliche finanzielle Spielräume sehen.

Das Bundesprogramm Ganztagschule, das Bremen 28 Millionen Euro unter dem Strich an Investitionsmitteln bringt, muss notwendigerweise mit einem schlüssigen Personalkonzept ergänzt werden. Da bin ich auch gern bereit, Herr Senator Lemke, Sie bei allen Anstrengungen hier im Hause zu unterstützen, wenn wir künftige Bildungshaushalte auf die Beine stellen müssen.

Wir sagen, autonome Schulen sollen vor Ort mit Blick auf ihr individuelles Profil entscheiden, wen sie einstellen. Ich halte die anvisierte Personalaufteilung zwei Drittel Lehrer, ein Drittel andere Mitarbeiter für völlig überzogen. Der Bildungsauftrag der Schulen muss im Mittelpunkt stehen. Dafür brauchen wir pädagogisch geschulte Fachkräfte, und das sind für den Unterricht Lehrerinnen und Lehrer.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Schmalspurmodelle mit Aufbewahrungscharakter können wir uns nicht leisten. Auf Sicht kann nur gute Qualität für die Ganztagschulen sprechen. Auch deshalb ist es notwendig, dass wir über die Einführung von verbindlichen Qualitätsstandards oder gar auch Gütesiegel für Ganztagschulen, wie es andere Länder bereits machen, nachdenken. Die Antwort des Senats gibt dafür teilweise Denkanstöße. Ich finde, an einigen Punkten bleibt sie aber noch offen, und diese Punkte möchte ich ansprechen.

Stichwort Kooperation Jugendhilfe und Schulen zum Beispiel: Wir brauchen auch für Bremen eine systematische und rechtlich verbindliche Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendhilfe! Das

gilt auch für den Sport. Voraussetzung hierfür ist, dass die im Kinder- und Jugendhilfegesetz enthaltene Verpflichtung für die Jugendhilfe, mit anderen gesellschaftlichen Bereichen zu kooperieren, auch für den schulischen Bereich rechtlich verbindlich ausgestaltet werden sollte. Dazu muss man wahrscheinlich auch noch einmal das Schulgesetz ändern und mit dem Bereich Soziales, Frau Röpke sitzt ja hier, eine engere Zusammenarbeit als bisher vereinbaren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es gibt ja eine Debatte, Herr Rohmeyer, man muss darauf eingehen, darüber, ob man nicht besser die Ressourcen von Soziales und Bildung in ein Ressort zusammenführen sollte.

(Abg. Rohmeyer [CDU]: Ja, wem sagen Sie das!)

Wir beide haben vielleicht auch eine ähnliche Meinung, aber ich möchte, dass man hier auch Überzeugungsarbeit leistet. Das werden Sie in Ihrer Fraktion auch tun müssen, man muss Überzeugungsarbeit leisten. Es geht kein Weg daran vorbei, dass wir uns überlegen, an welcher Stelle wir unsere knappen Ressourcen ausgeben und wie wir sie bestmöglich einsetzen können.

Stichwort Essensversorgung! Wir Grünen wollen, dass es gesundes und frisch zubereitetes Essen an Schulen gibt. So genannte Cook-and-chill-Küchen, das möchte ich hier kritisch anmerken, sind moderne Aufwärmküchen. „Cook-and-chill“ mag modern klingen und preiswerter sein, aber unter dem Strich sind doch andere Konzepte besser und wegweisender. Die Gesamtschule Ost, möchte ich hier als Beispiel nennen, und die Koblenzer Straße zeigen deutlich, wie wichtig Essen nicht nur als pure Nahrungsaufnahme ist, sondern Essen findet dort als Bestandteil des pädagogischen Konzepts statt. Hier sehen und schmecken die Kinder und Jugendlichen den Unterschied zu Fastfood Tag für Tag. Ich finde das positiv, und das ist ein Ansatz, den wir hier als Bürgerschaft auch fördern sollten, wenn Schulen so ein Angebot machen wollen.

Thema Arbeitszeiten! Auch das gehört aus meiner Sicht zu den Qualitätsstandards für Schulen. Zu klären ist aus meiner Sicht auch die Frage der Arbeitszeiten des Teams an einer verbindlichen Ganztagschule. Es führt im Grunde kein Weg daran vorbei, dass wir bei Ganztagschulen auch über verbindliche Arbeitszeiten und neue Arbeitszeitmodelle reden. Dazu möchte ich ein Beispiel geben. Die Schulstudien TIMSS, Iglu und Pisa zeigen uns folgende Defizite: Wir haben eine unzureichende individuelle Förderung, wir haben keine variable Lernkultur, und es gibt eine Unfä-

higkeit von Schülerinnen und Schülern, sich über einen längeren Zeitraum zu konzentrieren.

Deshalb brauchen wir aus meiner Sicht mehr pädagogisch gestaltete Lernzeit. Wir wollen Ganztagschulen, in denen sich Lehrerinnen und Lehrer um die Lernentwicklung der Kinder und Jugendlichen kümmern. Ganztagschulen brauchen das pädagogische Team vor Ort. Ich weiß auch, dass der Bildungssenator mich in dieser Frage unterstützt. Wie der Arbeitsplatz der Lehrer konkret aussieht, wie groß der Schreibtisch ist, wo er denn nun steht, das ist aus meiner Sicht Sache der Schule.

Ich möchte aber sagen, auch die Aufenthaltsqualität an einer Ganztagschule für Kinder und Jugendliche ist deutlich zu verbessern. Ein Sofa in mancher Schule kann allein nicht ausreichen, das habe ich auch schon gesehen. Ich finde, wenn man eine Ganztagschule vernünftig umsetzen will, muss man auch die Kinder und Jugendlichen an der Ausgestaltung beteiligen, und das ist für mich auch ein wichtiges Qualitätsmerkmal.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir brauchen mehr Ganztagschulen, und die wird es nicht zum Nulltarif geben. Es liegt auf der Hand, Ganztagschulen brauchen ein Mehr an personellen und finanziellen Ressourcen. Ich finde, Herr Lemke, dass Sie Ihre Überlegungen auch noch einmal darlegen müssten, wie Sie meinen, dass man mit einem gleichbleibenden Bildungshaushalt mehr Ganztagschulen in Bremen umsetzen kann. Aus meiner Sicht bedeutet das für künftige Haushalte, dass hier ein deutlicher Schwerpunkt im Bereich Bildung gesetzt werden muss. Dafür werden die Bildungspolitiker auch sicher streiten müssen, aber ich sage noch einmal, die internationale Vergleichsstudie Pisa hatte für Deutschland einen dramatischen Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg festgestellt. Ganztagschulen können hier für mehr Chancengleichheit sorgen. Ganztagschulen sind kein Allheilmittel für alle Probleme, aber sie sind aus meiner Sicht ein Teil des Weges zu einer besseren Förderung jedes einzelnen Kindes.

Bildung braucht Zeit, und diese Zeit gibt es gerade in Ganztagschulen. Es geht nicht nur darum, lernschwächere Kinder zu fördern, sondern es geht auch gerade darum, Begabungen und Talente bei allen Lernenden zu entdecken und herauszufordern. Die Lernkultur muss insgesamt vielfältiger werden, und all das schafft man nicht in einem engen Zeitrahmen, wie wir ihn von einer Stundenplanschule oder einer Halbtagschule kennen, und das ist auch der wesentliche Quali-

tätsunterschied, Herr Senator Lemke, zur verlässlichen Grundschule.

Die Ganztagschule schafft den Quantensprung und lässt es zu, dass man Unterricht und Betreuung verzahnt, dass man dem individuellen Lerntempo der Schülerinnen und Schüler Rechnung trägt. Das wirkt sich positiv aus auf die Schülerinnen und Schüler selbst, aber ich denke, das wird auch für viele Lehrerinnen und Lehrer eine sehr positive Erfahrung sein, künftig an Ganztagschulen zu arbeiten, weil es die Arbeitsqualität auch deutlich verbessern kann. - Danke!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsident Ravens:** Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Rohmeyer.

Abg. **Rohmeyer (CDU)\*):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben auf Beschluss der Bürgerschaft heute die Mitteilung des Senats über die Qualitätsstandards an Ganztagschulen vorliegen. Wir brauchen, glaube ich, nicht mehr den großen Rundumschlag, die Beschreibung einer Ganztagschule, das haben wir alles auch in den letzten Sitzungen hier in der Stadtbürgerschaft, einmal auch auf Antrag des Abgeordneten Wedler im Landtag, diskutiert.

Ich möchte mich daher erst einmal auf die Punkte konzentrieren, die Frau Stahmann gerade angesprochen hat, wobei sie natürlich selbst auch genau weiß, dass viele der Punkte, die sie als Kritik angesprochen hat, zurzeit noch in der Bearbeitung sind, dass dort Vorschläge gemacht werden. Lehrerarbeitszeitmodell sei hier nur als Stichwort genannt. Dazu hatten wir gerade einen Zwischenbericht, in dem es genau darum geht, ein Lehrerarbeitszeitmodell vorzulegen, das eben auch den Anforderungen einer Ganztagschule dann individuell Rechnung trägt.

Bei der Essensversorgung ist es völlig unstrittig, dass wir hier eine entsprechend qualitativ hochwertige Versorgung haben wollen. Dies soll aber auch insbesondere in Zusammenarbeit mit Trägern vor Ort gemacht werden. Da gibt es gute Beispiele. Es kann auch von den Schulen selbst organisiert werden. Ich möchte Ihnen noch einmal das Schulzentrum an der Helsinkistraße als beobachtenswert empfehlen, wo die Schüler selbst im Rahmen des Faches Arbeitslehre als Bestandteil des Unterrichts nicht nur, wie Sie sagten, das Essen erleben, sondern auch tatsächlich im Unter-

richt etwas damit zu tun haben, was auch für eine bestimmte Schülerklientel wertvoll ist.

Sie haben die Forderung der CDU zitiert, Schule und Jugendhilfe in eine gemeinsame Verantwortung zu überführen. Ich bin Ihnen dafür dankbar, dass Sie unseren Beschluss hier noch einmal, einen Beschluss der CDU-Fraktion im Übrigen, vorgetragen haben. Diesen halten wir weiter aufrecht. Sie wissen, dass es hier bei unserem Koalitionspartner noch Probleme gibt. Ich hoffe aber, dass wir diese Probleme in der nächsten Legislaturperiode im Sinne der Kinder und Jugendlichen überwinden können, damit es hier eine gemeinsame Ressortverantwortung gibt und keine Reibungsverluste mehr auf dem Rücken von Kindern und Jugendlichen.

(Beifall bei der CDU)

Wichtig erscheint mir noch einmal, die von Ihnen kritisierte Debatte um den Personalmix anzusprechen. Sie selbst zitieren gern und oft Skandinavien, insbesondere Finnland. Gerade von daher haben hier, glaube ich, alle Fraktionen im Hause völlig unstrittig in den Debatten nach der Pisa-Studie angeführt, dass es auch an Bremer Schulen richtig und wichtig ist, einen Personalmix einzuführen, Stichwort Schulassistent! Klaus Bürger hat das seinerzeit auch sehr couragiert vorgetragen. Oder auch das Beispiel des Kurators! Der Lehrer soll sich auf den Unterricht konzentrieren. Das ist seine Aufgabe, dafür ist er ausgebildet. Alle außerunterrichtlichen Sachen sollen nach Möglichkeit nicht durch Lehrkräfte organisiert werden.

Es gibt natürlich auch im Rahmen der Ganztagschule viele Möglichkeiten, Betreuung zu organisieren mit einem engagierten, mit einem dazu befähigten Personal. Es kommen immer ganz schreckliche Horrorgeschichten, dass Kinder vom Reinigungspersonal verwahrt werden. Das wurde uns dann immer vorgeworfen, aber das ist ja nicht der Fall. Das sind Horrorgeschichten, die dann zum Teil an die Wand gemalt werden, um auch hier eine Diskussion zu verunsachlichen.

Für uns ist es wichtig, dass wir beim Personalmix sehr genau darauf achten, dass der Unterricht nach Stundentafel durch Lehrkräfte ausgeführt wird. Die einzige Ausnahme, die wir in Bremen haben, darüber haben wir hier im Plenarsaal auch schon gesprochen, ist das Beispiel des Schwimmunterrichts, bei dem wir eine deutlich bessere, auch von allen, auch von Sportlehrkräften akzeptierte Lösung gefunden haben, die darüber hinaus auch noch für uns günstiger ist. Da treffen zwei Sachen zusammen. Es ist eben wichtig, meine Damen und Herren, dass wir beim Personalmix eine Lösung finden, die den Interessen der Schu-

---

\*) Vom Redner nicht überprüft.

len einerseits und den Möglichkeiten des Bildungssenators andererseits Rechnung trägt.

Die CDU-Fraktion hat im August 2004 ein Positionspapier zur Qualität von Ganztagschulen beschlossen. Ich finde alle unsere Forderungen in dem Beschluss des Senats wieder. Zum nächsten Schuljahr werden wieder Ganztagschulen eingerichtet werden, aber wir haben noch ein Defizit. Im zweiten Absatz können Sie es nachvollziehen. Wir haben nur zehn Prozent Grundschulen zurzeit, wir haben aber fast 40 Prozent Schulzentren, über 60 Prozent Gesamtschulen und nur ein einziges Gymnasium, was 14 Prozent entspricht. Ich glaube, dass wir hier zwei Schwerpunkte bilden müssen. Insbesondere im Grundschulbereich, aber auch im Bereich der Gymnasien muss es eine Ausweitung der Ganztagsschulangebote geben, dafür werden wir uns einsetzen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Ravens:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Hövelmann.

Abg. Frau **Hövelmann** (SPD)\*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Erfreulicherweise zeigt sich auch in der jetzigen Debatte, dass Ganztagschulen ein Zukunftsmodell sind. Ganztagschulen haben jetzt schon den Schulbereich verändert, sie verändern familienpolitisch, sind gesellschaftspolitisch wichtig, und sie verändern auch die pädagogischen Konzepte.

Jetzt möchte ich mich anders als meine beiden Vorredner auf den Bericht zu den Qualitätsstandards beziehen, das ist ja heute unser Thema, nicht, dass wir ein Bekenntnis zu Ganztagschulen abgeben, das macht mittlerweile zum Glück jeder. Ich darf in aller Bescheidenheit daran erinnern, dass noch vor dem Programm, das die Bundesregierung aufgelegt hat, die SPD-Fraktion dadurch, dass sie ihre noch freien Haushaltsmittel auf Bildung und Jugend gesetzt hat, damals so mutig war, den Einstieg in Ganztagschulen hier in Bremen voranzubringen.

Das war noch kein Selbstläufer. Die Entwicklung ist sehr dynamisch. Ich glaube auch, dass es niemanden gibt oder dass niemand Erfolg hätte, der hier das Rad zurückdrehen wird. Es wird sich noch sehr viel verändern. Deshalb haben wir gesagt, wir brauchen Qualitätsstandards und Qualitätsbereiche. Der erste Bereich, den wir in der Mitteilung des Senats vorgestellt bekommen, ist die Weiterentwicklung der Lehr- und Lernkultur. Dar-

unter fällt selbstverantwortetes Lernen, darunter fallen natürlich, Frau Kollegin Stahmann, umfassende Förderkonzepte, Fördern und Fordern nicht als Sprechblase, sondern in dem größeren Zeitkontingent, das zur Verfügung steht, als Wirklichkeit werdende pädagogische Konzepte. Dazu gehört aber natürlich auch, dass man jahrgangsübergreifend und fächerübergreifend arbeitet, auch das ist hier möglich im Rahmen des größeren Zeitkontingents, und die Einbeziehung außerschulischer Anbieter und Kooperationspartner.

Ich komme gleich damit zu dem dritten Punkt. Ich mische jetzt einmal, damit ich auf Frau Stahmann eingehen kann. Der dritte Punkt der Qualitätsstandards ist Partizipation und Zusammenarbeit intern und mit außerschulischen Partnern. Das ist Programm, Frau Stahmann! Das ist nicht etwas, das Sie jetzt ein bisschen simpel, muss ich sagen, in eine Zweidrittel-Eindrittel-Formel gebracht haben, darauf haben Sie Ihre Rede so ungefähr aufgebaut. Das hat mich überrascht. Ich weiß noch genau, wie es war, ich glaube 1996, als die SPD-Fraktion den Aufschlag gemacht hat für Nichtunterricht, für ein Personalmix an Schulen.

Ich erinnere mich auch sehr genau an die Prügel, die ich persönlich damals bezogen habe, auch von den Grünen natürlich, Billigmodell et cetera. Fortgesetzt hat sich diese Debatte dann bei der verlässlichen Grundschule. Herr Rohmeyer hat das eben so nett mit einem Klischee bedient, dass nun Reinigungskräfte die Kinder verwahren oder Mütter, das war das Hübscheste: Da kommen Mütter und bewahren die Kinder auf und schließen sie weg, als hätten die nicht auch irgendwann einmal etwas in der heutigen Zeit gelernt. Zum Glück ist das Vergangenheit.

Die Frage mit dem Personalmix ist eine Frage, die ich konzeptionell offensiv eingebunden sehen möchte. Deshalb freue ich mich, dass das in dem Bericht zu den Qualitätsstandards auch so offensiv aufgenommen worden ist. Natürlich muss man, wenn man mehr Zeit hat und besondere Möglichkeiten konsequent auch aus der Schule hinausgehen. Wir haben über Autonomie diskutiert, dazu gehört natürlich, dass man schaut, was ist hier im Stadtteil, Stadtteilorientierung. Malen Sie hier nicht einen falschen schwarzen Peter, hätte ich fast gesagt, an die Wand und sagen, jetzt kommt hier das nächste Billigmodell!

Das hat nicht geklappt ganz am Anfang beim Personalmix, das hat nicht geklappt in der Argumentation bei der verlässlichen Grundschule, und das wird auch bei Ganztagschulen nicht klappen, denn ich bin sehr daran interessiert, dass man das nichtunterrichtende Personal oder die eingekauften Fachkräfte nicht als billigen Jakob hier

\*) Von der Rednerin nicht überprüft.

denunziert, sondern dass man die Potentiale, die es gibt, im Theaterbereich, will ich einmal als Beispiel sagen, aber auch meinetwegen bei Tischlern et cetera, projektorientiert nutzt. Ich finde, das ist eine Chance, und ich bin froh, dass es hier auch so steht.

Ein weiterer Punkt ist die Zeitgestaltung im Ganzttag und die Rhythmisierung des Ablaufs. Natürlich, liebe Frau Stahmann, gehören dazu veränderte Lehrerarbeitszeiten. Es tut sich ja schon unheimlich viel. Ich habe am Anfang meiner Rede auf die Dynamik hingewiesen. Ich glaube, dass viele Positionen, die noch vor vier, fünf Jahren auch von gewerkschaftlicher Seite vorgetragen worden sind, sich längst durch die Realität überholt haben, und natürlich bringen Ganzttagsschulen ganz andere Arbeitszeiten mit sich. Wenn man den Fünfundvierzig- oder Neunzigminutenrhythmus überwinden möchte, weil wir wissen, dass das dem Lernen nicht unbedingt förderlich ist, dann bedeutet das natürlich auch eine höhere Flexibilisierung. Wir sind da auf dem Weg.

Ich finde den Weg, der auch in der letzten Bildungsdeputation diskutiert worden ist, richtig, dass man das nicht so hauruckmäßig macht, wie mancher sich das bei der CDU mit der Fakturisierung à la Hamburg so gedacht hat, sondern dass wir das mit den Lehrerinnen und Lehrern machen. Der große Vorteil ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass die Schulen sich dafür bewerben, Ganzttagsschulen zu werden, das heißt, sie erörtern Chancen pädagogischer Art, aber auch Risiken für ihren eigenen Arbeitsablauf. Sie entscheiden sich ganz bewusst dafür, dass sie die Ganzttagsschule als Modell der Zukunft zu ihrem Programm in ihrem Stadtteil an ihrer Schule machen.

Sie wissen natürlich, dass das Konsequenzen für die Arbeitszeit hat, das heißt aber natürlich nicht, das waren am Anfang die Befürchtungen, dass sie ausgeweitet wird und jetzt das Stundendeputat erhöht wird, sondern sie wird anders organisiert, und das passiert im Dialog mit den Schulen. Das ist ein richtiger Weg. Ich glaube, dass dieser kommunikative Weg, den Bremen hier geht, auch die Zukunft mit gewinnen wird. Das bedeutet, dass ich nicht damit rechne, dass das Thema Lehrerarbeitszeit zu einer Krawallnummer wird, weil man es eben bedarfsorientiert machen muss. Die Einsicht finde ich in jeder Schule. Natürlich muss man es auch ortsangepasst machen. Da mag es Unterschiede in einer Grundschule und einer Berufsschule geben, aber auch dort muss genau hingeschaut werden.

Bei der Kritik zu billigem Personal empfehle ich also doch ein bisschen Vorsicht und Zurückhaltung. Wir haben bei unserem Besuch in Finnland

gesehen, wie viel nichtunterrichtendes Personal dort mit hoher Kompetenz eine Ergänzung zum Unterricht gemacht hat. Dass das Kerngeschäft Unterricht von Lehrkräften organisiert und gemacht wird, ist klar, da sind wir uns auch einig. Wenn aber Schule mehr ist als Unterricht, dann bedeutet das natürlich, dass wir auch anderes Personal in den Schulen, und zwar auch noch weiter haben. Ich sehe das als eine Bereicherung an: Kerngeschäft Unterricht bei Lehrkräften, anderes kommt dazu, ergänzt das und macht die Mischung auch besser! Der Blick über den Teller ist auch in diesem Fall sehr zu empfehlen.

Ich komme jetzt noch einmal zur Essensversorgung. Ich glaube, dass Ganzttagsschulen auch einen Aspekt im Hinblick auf Gesundheit und Bewegung haben, es hat ja viele Facetten. Wir haben in Ganzttagsschulen die Möglichkeit, in Kooperationen mit Vereinen auch sehr viel mehr Bewegung für unsere ja sehr bewegungsarme Jugend anzubieten. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir das Thema Gesundheit, gesunde Ernährung und Sporttreiben durch die Ganzttagsschulen auch noch mehr zu einem breiten gesellschaftlichen Thema machen werden.

Dabei ist es, glaube ich, nicht der Dreh- und Angelpunkt, ob nun an der Schule selbst gekocht wird oder ob ernährungswissenschaftlich hervorragendes Essen geholt wird. Das entscheiden die Schulen zum großen Teil auch selbst. Die Kultur des gemeinsamen Essens, dass Nahrung also nicht nur dem Überleben dient, sondern dass es auch eine Kulturtechnik ist, dass man sich gemeinsam an einen Tisch setzt, das passiert ja unabhängig davon, woher das Essen kommt. Ich bin davon überzeugt, dass man hier nicht behaupten kann, die einen essen gesund, und die anderen bekommen so eine Art Fraß. Das weise ich auch zurück.

Der vierte Punkt ist das Raumkonzept. Zu Ganzttagsschulen gehören natürlich andere Orte als Unterrichtsräume. Dazu gehören Räume zum Theaterspielen, dazu gehört natürlich eine Mensa, dazu gehören Räume für Freizeitgestaltung, und - das fehlt hier leider, Herr Senator - dazu gehört auch eine Schulbibliothek.

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Ein ganz heißes Eisen!)

Ich denke, dass wir in Ganzttagsschulen die Möglichkeiten nutzen müssen, auch den barrierefreien Zugang zu Büchern zu organisieren. Dazu gehören natürlich auch Lehrerarbeitsplätze. Da wird auch mit geschaut. Wir wissen das, wir begleiten ja die Ganzttagsschulen und auch die Planungen sehr intensiv. Gestern waren wir gerade in der

Grundschule Buntentorsteinweg, wo ein Thema auch Ganztagschule war. Man sieht und spürt richtig, welche Dynamik das Ganze hat.

Abschließend möchte ich sagen, dass ich mit den Qualitätsstandards, die wir vorgelegt bekommen haben, wirklich zufrieden bin. Wir werden dieses Thema weiter offensiv begleiten. Der Schwur kommt natürlich, da gebe ich Ihnen Recht, Frau Kollegin Stahmann, wenn wir bei den Haushaltsberatungen schauen, wie wir das Ganze eigentlich finanzieren. Wir haben eine verbindliche Ganztagschule beschlossen, und die Entwicklung geht dahin. Das Ganze müssen wir natürlich auch finanziell unterlegen.

Auf der anderen Seite können wir nicht sagen, Ganztagschulen sind ein Benachteiligtenprogramm. Herr Kollege Rohmeyer hat gerade gesagt, wir brauchen sie in jeder Schulart und Schulstufe. Von daher kann ich das ganze Haus nur bitten, Mut zu beweisen und trotz der schwierigen Situation Schwerpunkte zu setzen, die auch sichtbar sind. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Ravens:** Als nächster Redner erhält das Wort Herr Senator Lemke.

**Senator Lemke:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mich zu Beginn der Debatte, als ich Frau Stahmann sehr genau zugehört habe, sehr an die Debatten erinnert, die wir 1999 und 2000 geführt haben, als es darum ging, dass die große Koalition sehr einvernehmlich beschlossen hat, in allen Bremer Grundschulen die verlässliche Grundschule zwischen acht und 13 Uhr für alle Kinder einzuführen. Ich habe genau in diesen vielen Debatten, in denen wir gemeinsam von Schule zu Schule gezogen sind, immer wieder die Argumente gehört, das könne man nicht machen, das sei völlig ausgeschlossen, so wie Frau Hövelmann das eben auch vorgetragen hat, die Mütter verwarften dann die Kinder ohne jede Qualifikation. Es wurde dem Betreuungspersonal in toto abgesprochen, dort eine sinnvolle pädagogische Ergänzung zu bieten.

Nun sind wir im Jahr 2005, und die verlässliche Grundschule, obwohl sie den Eltern immer noch auf freiwilliger Basis angeboten wird, hat mittlerweile eine Akzeptanz von zirka 90 Prozent. 90 Prozent der Eltern sagen uns, der großen Koalition, die heftig darum gekämpft hat, diese Schulform einzurichten, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Das ist ein großer Erfolg für die Mütter, die ihrer Berufstätigkeit halbtags nachgehen können und nicht vor der Tatsache stehen, dass ihre Kin-

der dann mit einem Mal um zehn Uhr vor der Haustür stehen, sondern sie sind sicher, zwischen acht und 13 Uhr haben unsere Kinder Unterricht oder werden vernünftig betreut.

Nach dem sehr erfolgreichen Eingang der verlässlichen Grundschule haben wir ein großes Erfolgsprojekt bekommen. Daran muss man sich noch einmal ganz kurz erinnern: Das haben wir nicht von uns aus entwickeln können, sondern das haben wir aufgrund der Initiative der Bundesregierung bekommen, indem die Bundesregierung uns aufgefordert und das mit vier Milliarden unterstützt hat, ein großes Projekt zur Einführung von Ganztagschulen zu machen. Hätten wir nicht diese Initiative der Bundesregierung bekommen, wären wir längst nicht so erfolgreich, wie Frau Stahmann das eben hier noch einmal im Haus konstatiert hat.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage das deswegen, weil es so ein bisschen im Widerspruch steht. Wenn Sie hier - das wird die „Elmshorner Nachrichten“ sehr freuen - diese doch sehr bedeutende Zeitung zitieren, dann stehe ich hundertprozentig zu dem, was ich da gesagt habe. Unser Ziel ist es, auf jeden Fall darf ich das für die große Koalition so sagen, weiter diesen positiv begonnenen Ausbau von Ganztagschulen vorzunehmen, aber wir müssen auch wissen, wo wir finanziell stehen.

Was ist denn in den nächsten Jahren und Jahrzehnten machbar? Wir können uns jetzt nur an den nächsten zwei, vier, vielleicht sechs Jahren orientieren, und wenn ich den Menschen in diesem Land vorgaukele, es sei möglich, die Kinder, die wir bisher zwischen acht und 13 Uhr in der Schule hatten, demnächst dann flächendeckend drei weitere Stunden - das sind zirka 60 Prozent mehr - zu betreuen und zu unterrichten, und das, wenn ich Ihnen folge, dann fast ausschließlich mit Lehrerinnen und Lehrern zu machen, dann ist dies nicht korrekt deswegen, weil Sie Ihre Glaubwürdigkeit verlieren, liebe Frau Stahmann, wenn Sie das den Eltern sagen!

Das können Sie in Osterholz machen, da bekommt man in der Schule, in der man so eine Veranstaltung macht, einen riesigen Applaus, aber wenn man für das Land die Verantwortung trägt, dann darf man den Menschen nicht etwas vorgaukeln, das man hinterher nicht umsetzen kann, zumal ich es, liebe Frau Stahmann, überhaupt nicht gut fände, wenn wir den Kindern zwischen acht und 13 Uhr ausschließlich pädagogisch ausgebildetes Personal zuführen würden. Das ist völlig kontraproduktiv, wir brauchen den Personalmix an unseren Schulen. Es ist absolut bereichernd

und positiv, wenn die von Ihnen geschmähten Mütter - -. Ich zitiere jetzt von 2000, heute haben Sie dies hier nicht vorgetragen, aber der Personalmix an den Schulen, den wir haben und erleben, ist wunderbar und bringt eine Vielfalt.

Vielleicht sollten Sie sich einmal mit Enja Riegels Buch befassen, das sie vor wenigen Monaten herausgegeben hat und in dem sie beschreibt, wie eine Schule im Personalmix arbeitet, wo ein arbeitsloser Schauspieler eine Möglichkeit bekommt, im darstellenden Spiel die Schularbeit zu befruchten. Das ist ausgesprochen positiv, und insofern ist auch mein Interview zu verstehen, dass ich sage, es ist völlig ausgeschlossen, eine Ganztagschule nur mit hundert Prozent Lehrerinnen und Lehrern auszustatten. Rechnen Sie das doch einmal kurz nach! Das bedeutet ein Plus von ungefähr 100 bis 150 Millionen Euro im Jahr, die dadurch dann erforderlich wären. Wenn das jemand den Leuten heute verkauft, dann weiß ich nicht, wie das mit der Realität in Einklang zu bringen ist.

Ich sage Ihnen, zwei Drittel zu einem Drittel bedeutet ja, dass der Unterricht nach wie vor von voll ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern erbracht werden soll, aber wie Frau Hövelmann das eben vorgetragen hat, geht es um Halbgruppenarbeit. Warum setzen wir dann den Tischler nicht ein, wie er, wie Sie wissen, in der Kinderschule sehr erfolgreich im Werkunterricht arbeitet? Warum arbeitet dieser Tischler denn dort nicht? Für eine Halbgruppenarbeit, liebe Frau Stahmann, würde ich ihn sehr gern in unsere Arbeit integrieren genauso wie die arbeitslose Schneiderin, um ihr eine feste Beschäftigung nicht als „In-Job“, sondern als Halbgruppenkraft in den Schulen zu geben

(Beifall bei der SPD)

genauso wie dem Übungsleiter, der die Schulmannschaft im Fußball oder Volleyball am Nachmittag betreuen kann. Dafür, liebe Frau Stahmann, brauche ich keinen wissenschaftlich ausgebildeten Lehrer oder eine Lehrerin, sondern diese ergänzenden Maßnahmen, die pädagogisch sehr wichtig sind, kann ich mir sehr gut vorstellen, auch in dem zwei Drittel zu einem Drittel in der Ganztagschule.

Ich will aber noch ein Wort zu den „In-Jobs“ sagen. Auch das war in den letzten Tagen zu lesen. Ich finde es schön, dass ich es an dieser Stelle dem Parlament erläutern kann, weshalb ich hundertprozentig dahinter stehe, unsere Schulen auch für Menschen zu öffnen, die lange in Arbeitslosigkeit gelebt haben, und Ihnen eine Chance zu geben, wieder in ein geregeltes Beschäftigungsverhältnis zu kommen. Niemand wird hier ernst-

haft erklären, dass die Pausenaufsicht ausschließlich von Lehrerinnen und Lehrern durchzuführen ist.

(Abg. Frau Schön [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber man kann sie trotzdem angemessen bezahlen!)

Ja, klar! Aber ich habe eben die Frage gestellt, ob Sie davon ausgehen, dass Pausenaufsicht ausschließlich von wissenschaftlich ausgebildetem Personal auszuführen ist. Sicher nicht!

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Haben wir auch nie behauptet, Herr Lemke!)

Nein, nein! Aber ich will Ihnen nur deutlich machen, dass ich mir sehr wohl vorstellen kann, dass man Menschen aus langer Arbeitslosigkeit in ein Beschäftigungsverhältnis holen kann, um zum Beispiel den Gärtner, der seit langen Jahren arbeitslos ist, in die Gestaltung der Außenanlagen, die wir nicht mehr bezahlen können, einzubeziehen. Die Außenanlagen haben wir auch nie so pflegen können, wie ich es gern hätte, oder den Schulgarten. Ich kann Ihnen sehr viele Schulgärten in Bremen zeigen, die nicht so gepflegt sind, wie sich der Senator das vorstellt. Warum kann dann nicht ein Schulgärtner genommen werden, den wir über einen „In-Job“ wieder in ein festes Beschäftigungsverhältnis bekommen?

Nicht alle werden das schaffen, aber es wird Menschen geben, die wir durch dieses Programm der Bundesregierung wieder in feste Arbeit bekommen, und deshalb sage ich Ihnen, ich stehe uneingeschränkt dazu, Menschen diese Chance zu geben, aber sie dürfen nicht anderen in der Schule einen entsprechenden Arbeitsplatz wegnehmen. Das stand aber niemals zur Diskussion, sondern ich glaube, es werden ganz viele Menschen auch diese Anforderung nicht bestehen können. Einige werden es schaffen, und denen sollen wir eine faire Chance geben.

Ich glaube, dass es ausdrücklich positiv und gut ist, wenn wir das in den verschiedenen Bereichen umsetzen, die wir vorgeschlagen haben und die eigentlich von der grundsätzlichen Konzeption einer Schule auch nicht dorthin gehören, zum Beispiel in der Fahrradwerkstatt, die es an unseren Schulen nicht gibt. Wenn die Kinder, die mit dem Fahrrad in die Schule kommen, dort auf Handwerker treffen, die das können, die ein Fahrrad reparieren und schauen können, ob da alles so ist, wie der Polizist um die Ecke sich das vorstellt, dann ist das doch positiv, wenn wir diesen Menschen eine Chance geben, wieder in ein geregeltes Arbeitsleben zu kommen! Ich kann Ihnen nur sagen, Frau Stahmann, ich stehe dahinter, auch wenn die Gewerkschaft Gift und Galle deswegen spuckt.

Ich kann es übrigens überhaupt nicht verstehen, warum man sich ausschließlich, wenn man so argumentiert, wie das die GEW bei der Umsetzung dieses Programms tut, nur mit denen beschäftigt, die im Augenblick in Arbeit sind. Ich finde, wir haben als Politik unbedingt auch die Verantwortung für diejenigen, die wir in Arbeit bringen wollen,

(Beifall bei der SPD und bei der CDU - Zuruf der Abg. Frau Schön [Bündnis 90/Die Grünen])

und deshalb unterstütze ich dieses Programm nachdrücklich, liebe Frau Schön!

An der letzten Stelle bin ich nun allerdings wieder voll bei Frau Stahmann. Es geht unter anderem darum, die Chancengleichheit, die bildungspolitisch eben nicht in unserem Land gegeben ist, durch Ganztagsangebote zu erhöhen, aber es wäre viel zu kurzfristig, wenn wir sagen würden, das geht jetzt ausschließlich nur in die Förderung von benachteiligten Schülerinnen und Schülern. Das wäre absolut der falsche Ansatz, wie ich am Baumschulenweg sehe, diese Schule ist unheimlich stark angewählt, weil es dort das Ganztagsangebot gibt. Es gibt dort eine Bürgerinitiative benachbarter Stadtteile, die ihre Kinder aus bürgerlichen Wohngebieten dort anmelden wollen, weil sie auch in den Genuss des Ganztagsangebots kommen wollen, und zwar durch ein sehr gutes pädagogisches Angebot mit Personalmix, Frau Stahmann, nicht ausschließlich von Lehrerinnen und Lehrern organisiert. Das geht überhaupt nicht und ist auch nicht gewollt.

Ich glaube, es ist ganz hervorragend, wenn wir das Stück für Stück aufbauen können, aber ich sage es noch einmal: Angesichts der dramatischen Haushaltslage gehe ich nicht davon aus, dass die Wachstumsrate, die das Ressort Bildung in den nächsten Jahren bekommen wird, sich so positiv entwickeln wird, dass all die Dinge, die wir uns im weiteren Ganztagsausbau vorstellen können, so realisiert werden können. Deshalb, liebe Frau Stahmann, gehe ich lieber auf die Position, dass wir alle zusammenhalten sollen. Insofern bin ich auch für Ihre Unterstützung dankbar, dass wir die Mittel, die wir haben, so pfleglich wie möglich nutzen im Interesse eines weiteren Ausbaus auf der Basis der Qualitätsstandards, die wir dem Haus hier heute mitgeteilt haben. Ich finde, wir sind auf einem sehr guten Weg, aber wir müssen auch dafür sorgen, dass die Finanzierung weiter sichergestellt wird. - Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Ravens:** Das Wort hat die Abgeordnete Frau Stahmann.

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, es gibt keinen großen Dissens in der Frage, ob Schulen einen Personalmix brauchen. Ich habe auch nicht gesagt, dass die Grünen keinen Personalmix wollen. Das wäre ja auch Quatsch! Ich habe gesagt, es gibt Schulen in Bremen, die bereits ganz erfolgreich mit Personalmix arbeiten.

Wir sind die Bürgerschaft, wir stellen die Budgets auf, wir verabschieden einen Haushalt. Dieser Haushalt muss aber ausreichend sein, er muss genügend Lehrer für die Schulen vorsehen, um auch den Unterricht durchführen zu können. Die Schulen brauchen Geld, ich sagte ja auch „Geld statt Stellen“, um sich auch nichtunterrichtendes Personal einzukaufen. Das ist die Position der Grünen an dieser Stelle.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte mich sehr wohl, Herr Senator, mit Ihnen über die Qualitätsmaßstäbe unterhalten, die Sie an Personen anlegen, die künftig in den Schulen arbeiten. Warum gehen Sie nicht als Bildungsminister auf die Sozialsenatorin zu und sagen, wenn es jetzt um „In-Jobs“ an dieser Stelle geht, die Bagis sucht Leute aus, bitte nennen Sie mir 100 Personen, die die und die Qualifikation erfüllen? Ich biete diesen Personen einen sechs- bis neunmonatigen Arbeitsplatz mit den und den Qualifizierungsanteilen, damit diese Personen dann auch Aussicht haben, auf dem Arbeitsmarkt einen Anschlussjob zu finden. Das fände ich gut, und dabei würde ich Sie unterstützen.

Ich finde es nicht richtig, dass hier in Bezug auf den Schulassistenten gesagt wird, jetzt muss man nur einmal nach Finnland schauen. Frau Hövelmann, warum läuft denn im Augenblick nicht dieses Schulassistentenprogramm der großen Koalition, das hier immer so sehr beschworen wird? Ich habe zwar gehört, dass es angekündigt und mit dem Haushalt auf den Weg gebracht worden ist, aber das läuft im Augenblick überhaupt nicht, und dann geht der Bildungsminister auf der anderen Seite hin und redet von 400 bis 500 „In-Jobs“. Da kann ich den Personalrat aber auch verstehen, dass er unter der Zimmerdecke hängt und sagt, so kann es auch nicht funktionieren. Ich finde, auch da muss der Bildungsminister genauso klare Worte wählen, warum das Schulassistentenprogramm im Augenblick, obwohl von der Koalition beschlossen und hochgelobt und gewollt, nicht auf die Beine gestellt wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Warum spielen einige Länder wie Schweden in der ersten Bildungsliga? Sie haben einen Personalmix, aber sie haben einen Personalmix aus ausgebildeten Hochschulabsolventen, zum Beispiel Freizeitpädagogen, Psychologen und Lehrer mit Hochschulabschluss. Sie haben deutlich höhere Bildungsausgaben, da hat der Senator Recht. Diese Länder haben sich entschieden, mehr Geld für ihr Bildungssystem auszugeben. Sie haben nicht den Bildungsföderalismus, wie wir ihn kennen, sondern sie haben Kommunen, die die Bildungsausgaben beschließen. Das ist auch ein Weg, wie man es organisieren kann.

Ich finde, man muss sich schon als Bildungspolitiker damit auseinandersetzen: Wenn wir eine höhere Qualität im Bildungssystem erreichen wollen, müssen wir dann nicht auch gut ausgebildetes, besser ausgebildetes Personal vom Kindergarten an haben? Da werde ich ganz fuchtig und sage, auch in den Kindergärten brauchen wir viel besser ausgebildetes Personal, und das muss sich auch in alle Bereiche der Schule fortsetzen. Wir dürfen nicht zu einer Debatte auf der Grundlage kommen, dass Bildung für ganz wenig Geld zu haben ist. Gute Bildung kostet Geld. Das ist die Position der Grünen.

Das muss man bereitstellen, und man kann hier nicht wegtauchen und sagen, die Grünen würden etwas versprechen, was es nicht gibt. Wir werden dafür streiten, und ich bin felsenfest davon überzeugt, dass der Standort Bremen und der Standort Deutschland in den nächsten zehn bis 20 Jahren nur Chancen haben, Anschluss zu finden, wenn wir besser ausgebildete Jugendliche haben als im Augenblick.

Jetzt droht doch, dass wir Jugendliche zehn Jahre zur Schule schicken, diese eine Schulpflicht haben, aber wir es hinnehmen, dass zehn oder 20 Prozent eines Jahrgangs ohne Schulabschluss die Schule verlassen. Das will ich ändern, und da sage ich auch, da müssen wir mehr Geld in die Schule hineinstecken, und da muss auch das Arbeiten an der Schule mit längeren Arbeitszeiten an Ganztagschulen verändert werden. Davon verspreche ich mir wirklich einen Schub, der auch weitreichender ist und nicht so schnell verpufft wie das, was Sie hier bisher an Investitionen für Bremen beschlossen haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsident Ravens:** Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Senats mit der Drucksachen-Nummer 16/287 S Kenntnis.

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 30 vom 1. Februar 2005**  
(Drucksache 16/295 S)

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

**Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über die öffentliche Ordnung**  
Mitteilung des Senats vom 8. Februar 2005  
(Drucksache 16/296 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über die öffentliche Ordnung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

**Geplante Umstrukturierung des Klinikums Bremen-Mitte - gesundheitspolitische Zielsetzung, Kosten und Folgen für die Stadtentwicklung**  
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16. Februar 2005  
(Drucksache 16/299 S)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Röpke.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält die Abgeordnete Frau Wargalla.

Abg. Frau **Wargalla** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bündnis 90/Die Grünen hat einen Dringlichkeitsantrag zur geplanten Umstrukturierung des Klinikums Mitte dem Parlament vorgelegt und bittet die Fraktionen um Zustimmung.

(Vizepräsidentin Dr. Mathes übernimmt den Vorsitz.)

Darin wird der Senat aufgefordert, eine umfassende Darstellung und Bewertung der Prozesse und Auswirkungen im Zusammenhang mit der Umstrukturierung des Klinikums Bremen-Mitte vorzulegen. Er wird gebeten, keine präjudizierenden Entscheidungen zu treffen und keine Verkäufe vorzunehmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Von diesen geplanten Umstrukturierungsmaßnahmen sind mehrere fachliche Zuständigkeiten betroffen. Bündnis 90/Die Grünen will mit dem Antrag auf den gesamtstädtischen Kontext hinweisen, der auch nur im Gesamtzusammenhang mit den Fachressorts, den Gesellschaften und den politischen Gremien geplant und entschieden werden sollte, das heißt, keine Einzelentscheidungen, nicht im Bereich der Klinik, dafür ist sie zu groß, nicht im Bereich des frei werdenden Areals, dafür ist es zu groß, und auch nicht im Bereich der Finanzierung, dafür ist sie auch zu groß. Ich denke, wir müssen das zusammen sehen, deshalb der Antrag, der Themenkomplexe wie Gesundheit, Finanzierung und Stadtentwicklung beinhaltet. Ich beschränke mich auf den gesundheitlichen Themenkomplex, meine Kollegin Frau Krusche wird sich mit dem städtebaulichen Komplex beschäftigen.

Durch die Abschaffung der Selbstkostendeckung und die sukzessive Einführung der Fallpauschalen ab 2003 findet in den Krankenhäusern in Deutschland ein fundamentaler Wandel statt, der für die stationäre Krankenhausversorgung weitreichende Folgen hat. Auch die Umsetzung der integrierten Versorgung, die die Grenzen zwischen der ambulanten und der stationären Versorgung aufheben und stattdessen eine sektorenübergreifende Behandlungskette von mehreren Leistungserbringern vorsieht, zeigt die Notwendigkeit neuer Formen der Zusammenarbeit auf. Gefordert sind also interdisziplinäre und interprofessionelle medizinische und pflegerische Versorgungsstrukturen. Der Patient mit seinen Problemen steht im Mittelpunkt.

Die bisherige Struktur, also die traditionellen Fachkliniken, sind da eher hinderlich.

Das Klinikum Mitte hat die Vorgaben des Fallpauschalengesetzes aufgenommen und mit dem Strategiekonzept Teil eins eine Neuorientierung des medizinischen Profils eingeleitet. Die beteiligten Fachkliniken sollen in speziellen Leistungsgruppen Zentren bilden und als multidisziplinäres und interprofessionelles Behandlungsteam den gesamten Behandlungsprozess organisieren. Das sind die so genannten Kompetenzzentren.

Im Strategiekonzept Teil eins ist zum Beispiel das Kopfzentrum beschrieben. Ich denke, damit kann man vielleicht am besten erklären, was das heißt. Dieses Kopfzentrum soll die heute bestehenden Fachkliniken, das heißt also Hals-Nasen-Ohren-, die Neurochirurgie- und die Augenklinik zu einer neuen Organisation, Personal- und Raumstruktur zusammenführen und in ein Kompetenzzentrum integrieren. Es erfolgt eine gesamtheitliche Behandlung für den Patienten.

Insgesamt hat das Klinikum Mitte neun medizinische Kompetenzzentren geplant, die qualitativ hochwertige und zugleich bezahlbare Medizin und Pflege ermöglichen sollen. Bündnis 90/Die Grünen unterstützt diese innovative medizinische Strukturveränderung des Klinikums Bremen-Mitte.

(Abg. Frau Reichert [SPD]: Auch das für die anderen Kliniken?)

Meine Damen und Herren, wir reden jetzt über das Klinikum Bremen-Mitte, der Antrag bezieht sich auf den Masterplan des Klinikums Bremen-Mitte.

(Zuruf der Abg. Frau Reichert [SPD])

Einen Moment, ich komme noch dahin!

(Abg. Frau Reichert [SPD]: Das wäre schön!)

Dass diese Umsetzung der medizinischen Zukunftsaufgabe auch die bauliche Struktur beeinflusst, wird einem spätestens klar, wenn man auf dem Gelände spazieren geht. Das Strategiekonzept Teil zwei beschreibt, dass die Pavillonstruktur auf dem Gelände zu viele Ressourcen bindet. Das war in der Vergangenheit - und so wird es auch in der Zukunft sein - betriebswirtschaftlich problematisch, denn durch die räumliche Ansiedlung und Verteilung dieser Pavillons ergeben sich lange Wegstrecken und auch Transportzeiten. Hier verborgen sich hohe Einsparpotentiale, die durch einen kompakten Baukörper erzielt werden könnten, immerhin sind das in der Berechnung 20 Prozent der Betriebskosten. Bündnis 90/Die Grünen geht

davon aus, dass eine grundlegende bauliche Neuausrichtung vor dem Hintergrund der Gesundheitsreform und der steigenden Kosten unumgänglich sein wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, kommen wir zum Strategiekonzept drei, dem Realisierungs- und Finanzierungsmodell! Favorisiert ist die Lösungsvariante eins, das ist der Anbau und Umbau. Auf die anderen Varianten gehe ich an dieser Stelle nicht ein. Die Investitionen sollen 174 Millionen Euro betragen. Finanziert werden soll das Vorhaben durch Grundstücksverkäufe auf dem frei werdenden Gelände, eine Teilförderung durch das Land Bremen über die gesamte Bauphase, und die Bauphase ist von 2005 bis 2011, sowie die Haftungsübernahme für die verbleibende Darlehensfinanzierung plus Betriebskostensparnis. Hinzu kommt eine Bettenreduzierung von derzeit 958 Betten um 12,3 Prozent auf dann 750 Vollzeitbetten und 90 Teilzeit- und Tagesbetten. Außerdem sollen bis 2011 700 Arbeitsplätze wegfallen, das sind immerhin 29 Prozent des Pflegepersonals.

(Abg. Frau Reichert [SPD]: In Bremen-Ost sind es mehr!)

Konkret heißt das, dass die jetzigen Zweijahresverträge nicht mehr verlängert werden und dass wahrscheinlich die Vorruhestandsregelung verstärkt angewandt wird. Das bedeutet wiederum, wenn es denn so sein sollte, eine Verlagerung der Kosten in die öffentlichen Haushalte. Ich denke aber, darüber können wir noch reden, da ist das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Mit der Umsetzung des Masterplans soll das Ganze in zehn Jahren abgeschlossen sein. Das hätte Bündnis 90/Die Grünen auch so befürwortet, wenn jetzt nicht ein neues Strategiekonzept durch die Gesundheit Nord gGmbH vorgelegt worden wäre, das genau diese Planung des gerade vorgestellten Masterplans orkanartig durcheinander wirbelt.

Es gibt einen Klinikverbund Gesundheit Nord, der Entscheidungen fällt, ohne auf bereits existierende Pläne Rücksicht zu nehmen. Von einem gesamtstädtischen Interesse, das man eigentlich von so einem Klinikverbund erwartet, keine Spur, es existiert nicht mehr. Ich nenne nur einmal zwei Beispiele dafür: Nehmen wir das Beispiel der Bettenzahl im Klinikum Mitte. Im Masterplan des Klinikums Mitte mit einer Laufzeit von zehn Jahren steht eine Reduzierung auf 750 Vollzeit- beziehungsweise 840 Tagesbetten an. Im neuen Strategiekonzept soll das Klinikum Mitte bis 2009, also bereits vorher, auf 1100 Betten aufgestockt wer-

den, 260 Betten mehr als 2011 oder 2015 geplant, und das schon 2009. Dies hat Auswirkungen auf die Baumaßnahmen, die im Klinikum Mitte eigentlich geplant sind. 174 Millionen Euro sind jetzt reine Makulatur, denn bei 230 Betten mehr, brauche ich ein wenig mehr als bisher geplant. Das Finanzierungskonzept stimmt also so nicht mehr.

Die Beschäftigtenzahl stimmt auch so nicht mehr. Es sollen mehr statt weniger werden. Oder ist es doch geplant, dass bis 2015 all die Betten wieder abgebaut werden, so dass wir dann nur noch 750 Vollzeitbetten haben? Es ist nicht ersichtlich, es geht hin und her.

Der Masterplan, der eigentlich vorliegt, hat ein Kompetenzzentrum Traumatologie und Gelenkerkrankungen vorgesehen, was ich eigentlich ganz gut finde. Das erscheint jetzt nicht mehr. Es wird auch nicht begründet, warum es das nicht mehr gibt, es existiert also in diesem Gesamtplan nicht mehr.

Meine Damen und Herren, ich habe das Gefühl, dass das neue Strategiekonzept, das vorgelegt wurde, ein rein ökonomisches Konzept ist. Der Aufsichtsrat entscheidet nur ökonomisch. Es fehlen irgendwelche Alternativen, er stellt sich einfach hin und sagt, es gibt keine Alternativen. Es gibt sehr wohl Alternativen! Wir sind dazu da, darüber zu diskutieren. Dieses Strategiepapier, das vorgestellt worden ist, ist als Schocktherapie geeignet, aber als nichts weiter. Es ist kein Papier, das auf einen zukunftsweisenden Veränderungsprozess, der dringend notwendig ist in der Krankenhausplanung, hinweisen sollte.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es sind noch viele Hausaufgaben zu erledigen, von der Zentrenbildung, die dort angegeben ist, die angeblich die Schnittstellen vermindern soll, bis zum Rumpfkrankenhaus Bremen-Ost, wo nur die Psychiatrie und die Altersmedizin, also die Medizin für alte Menschen, vorgesehen ist. Ich weiß nicht, wann das Alter bei den Menschen beginnt. Sind es Rentner, die dann nach Bremen-Ost müssen, oder gehöre ich schon zum alten Eisen, so dass ich dann bei Krankheit nach Bremen-Ost muss? Ich denke, da muss auch noch überlegt werden, was man im Krankenhaus Bremen-Ost eigentlich noch anbieten kann, denn das ist ein bisschen wenig.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Es ist aber auch ein bisschen wenig, so zu argumentieren!)

Es steht so im Strategieplan!

Ich denke, wir versuchen, Schritt für Schritt Ordnung in das Chaos zu bringen. Der Antrag, den wir vorgelegt haben, gibt schon die eine Richtung vor. Wir wollen vom Senat die Auswirkungen auch auf die anderen Kliniken wissen, wir wollen den gesamten Komplex beantwortet haben, dann können wir überlegen, wie es weitergehen, wie es auch finanziell weitergehen soll.

Die SPD hat gestern in der Fraktion einen Beschluss gefasst, der auch das Strategiekonzept so sieht wie die Grünen, nämlich dass es mehr Fragen aufwirft, als dass es Antworten gibt. Sie haben einige Fragen in diesem Bereich formuliert, deren Antwort Sie unbedingt wissen wollen. Die Fragen gehen meistens in die Qualitäts-, in die Finanz- und in die Personalplanung. Ich denke, das ist wichtig. Deswegen wird es Ihnen wahrscheinlich auch nicht schwer fallen, unserem Antrag zuzustimmen, und dann werden wir sehen, was der Senat mit der Neuausrichtung der Krankenhäuser in Bremen vorhat. - Danke!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Brumma.

Abg. **Brumma** (SPD): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Thema Krankenhäuser schlägt gegenwärtig große Wellen, und, Frau Wargalla, also ganz kann ich da nicht zustimmen. Sie sagten, Traumatologie gibt es nicht, jedoch Schlafmedizin und angrenzende Disziplinen sind vorgesehen. Das Konzept, glaube ich, müssen Sie noch einmal genauer durcharbeiten,

(Abg. Frau Busch [SPD]: Das glaube ich auch!)

wie gesagt, aber das können wir anschließend in der Deputation für Gesundheit noch einmal genauer klären.

Wieso gibt es diese Umstrukturierung im Lande Bremen? Wir haben die bundesweite Beschlusslage, bei der alle Parteien sich auf Fallpauschalen geeinigt haben, also, die Liegezeiten sollen reduziert werden, die Verweildauer bundesweit ist im Durchschnitt bei 11,7 Tagen, in Bremen sind wir schon bei neun Tagen im Durchschnitt, das geht von sechs bis 16 Tage. Von daher sind wir hier schon einen Schritt weiter. Wie gesagt, die Situation erfordert, dass wir noch weiter kommen.

Ich weiß, morgen werden wieder Gutachten von Ernst & Young vorgestellt, und die werden es noch einmal erklären, in welche Richtung es weitergeht. Auch haben wir das Problem, dass private Krankenhausketten inzwischen die Märkte analysieren. Ich weiß, Asklepios und Rhön sind in

Wartestellung, und was dies heißen würde, Privatisierung der Kliniken, das können wir gerade gegenwärtig in der Klinik Dr. Heines sehen. Dort will die Geschäftsführung nicht einmal einen Tarifvertrag abschließen. Von daher sage ich, wir sind auf einem guten Weg gewesen, als wir vor einem Jahr unsere Kliniken in gGmbH umwandelten. Ich bin überzeugt, dass wir über diesen Weg genauso erfolgreich sein werden wie die Privaten, aber unter anderen Prämissen und anderen Bedingungen. Ich halte für sehr wichtig, dass wir diesen Weg gehen.

Sie haben von den Strategien gesprochen, gestern wurde darüber auch im Aufsichtsrat der Klinik-Nord diskutiert. Wie gesagt, wir wollen zwölf Zentren, wir sagen, dadurch kann die Qualität für die Patienten gesteigert werden. Es ist wichtig, wer mehr operiert, die Menge macht aus, dass die Qualität gesteigert wird. Ob ich nur drei Operationen im Jahr mache oder 100, da gibt es schon einen gravierenden Unterschied. Zwölf Zentren, Sie haben schon einige genannt, Bauchzentren, Kopfzentren, am Krankenhaus Links der Weser wird das Herzzentrum eingerichtet. Zusätzlich wurde gestern noch genannt, dass wir dort ein Zentrum für Präventionsmedizin errichten wollen, also in die Zukunft gerichtet. Diese ganze Strategie fußt auf der These, wir wollen Stärken konzentrieren und nicht irgendwelche Disziplinen und Doppelstrukturen weiterhin aufrechterhalten.

Wie gesagt, es war gestern der erste Aufschlag, der Prozess ist noch offen, es wird noch debattiert über Detailfragen, Sie haben es angesprochen, die Personalentwicklung muss noch geklärt werden, mit dem Landeskrankenhausplan muss alles noch abgestimmt werden, die Zielrichtung ist aber klar, wir wollen die Qualität steigern, und wir wollen fachübergreifend medizinisch arbeiten und die Arbeitsabläufe optimieren.

Was das Klinikum Bremen-Mitte betrifft, sollen dort medizinische Zentren entstehen, denn durch die jetzige Pavillonstruktur können wir das als Ergebnis nicht erreichen. Deswegen soll das Gebäude zentriert werden, dazu gibt es einen Masterplan, der wurde im Beirat Östliche Vorstadt schon vorgestellt. Es gibt auch ein Zweitgutachten zu diesem Thema. Wie Sie sagten, ging das Modell von 750 Betten aus und 90 tagesklinischen Plätzen. Im Aufsichtsrat wurde noch einmal bestätigt, dass diese Zahlen durch dieses neue Strategiepapier verändert sind, es muss noch stimmig gemacht werden, und da gibt es eben noch viele offenen Fragen.

Was die Bauweise betrifft, gab es die Option eines Neubaus oder zwei Umbauvarianten. Die Umbauvariante soll anscheinend viel zu teuer sein, des-

halb hat man sich für eine Umbauvariante entschieden, und die Ver- und Entsorgung soll dann unterirdisch verlaufen, es soll auch noch ein Parkhaus mit 700 Plätzen entstehen, aber, das ist eine Gebäudekonzentration, durch die eben 40 Prozent der Fläche überflüssig werden.

Was die Finanzierung angeht, muss noch einmal im Detail nachgearbeitet werden, da steht überhaupt noch nicht fest, wie das jetzt laufen soll, es gibt jetzt die neuen Zahlen, und von daher sage ich, warten wir erst einmal ab, fragen wir, warum und wie das gemacht wird, und dann werden wir anschließend entscheiden! Wie gesagt, die Finanzierung ist nicht klar, und wir als Fraktion schlagen vor, dass wir eben diese Themen, die wir alle gehört haben, im Detail noch einmal in der Deputation für Gesundheit besprechen und auch die Bau-deputation ihr Votum abgibt. Ich glaube, das ist eine adäquate Maßnahme, und ich finde auch richtig, dass wir hier so weitergehen, denn es sind noch viele Fragen im Detail zu klären.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mohr-Lüllmann.

Abg. Frau **Dr. Mohr-Lüllmann** (CDU): Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist schon viel gesagt worden, eines möchte ich noch wiederholen, was Herr Brumma auch schon erwähnt hat, eine hochaktuelle Pressemeldung vom 20. Februar stellt dar: Von rund 2000 deutschen Krankenhäusern müssen 500 bis zum Jahr 2020 schließen. Meine Damen und Herren, das heißt, jedes vierte Haus ist aller Voraussicht nach davon betroffen. Es handelt sich hier, wie auch schon erwähnt, um ein Ergebnis der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young, die morgen, Mittwoch, offiziell in Berlin vorgelegt wird.

Die Gründe für die Wirtschaftlichkeit von Kliniken in Deutschland will ich heute an dieser Stelle eigentlich gar nicht thematisieren und ausführen, sie sind hinlänglich bekannt, und wir werden an anderer Stelle noch ausreichend Möglichkeiten haben. Ich will nur erwähnen den medizinischen Fortschritt, haben wir heute schon gehört, das Senken von Verweildauern und die knappen öffentlichen Kassen.

Zu betonen ist übrigens an dieser Stelle, dass es sich nicht um ein Thema handelt, das nur Bremen betrifft, es wird zurzeit bundesweit problematisiert, und somit sind auch wir gezwungen, über die Wirtschaftlichkeit von bremischen Kliniken nachzudenken.

Der Status quo der finanziellen Situation in Bremen, meine Damen und Herren, zwingt uns zum Handeln, und zwar konstruktiv und ohne Verzögerung. Unsere Lösungen zur Strukturveränderung müssen nachhaltig sein, wie es immer so schön heißt, das heißt in die Zukunft gerichtet, und im Hinblick darauf, dass wir hier alle ein gemeinsames Ziel verfolgen, das nämlich heißt, Bremen muss medizinisches Oberzentrum werden oder auch bleiben, sind wir gezwungen, uns so aufzustellen, dass wir auch wettbewerbsfähig sind. Ansonsten werden wir nämlich umschifft, und die Patienten werden in die Krankenhäuser verlegt, die kostengünstiger sind.

Was gibt es für Möglichkeiten? Wir müssen wirtschaftlicher arbeiten, das heißt umstrukturieren, größer werden, anerkannter werden, und dazu braucht es Veränderungen, veränderte Strukturen, veränderte Organisationsformen. Das ist schlicht alternativlos. Unser Ziel muss sein, einen Sogeffekt in Bremen zu erzielen, wir wollen Kompetenzen in unseren Häusern, die überregional angesteuert werden, das heißt, wir wollen Patienten aus dem Umland und aus anderen Bundesländern behandeln. Das sichert Arbeitsplätze, meine Damen und Herren, das stützt die Region eben auch wirtschaftlich.

(Beifall bei der CDU)

Gehen wir bitte kein Risiko ein, einen Wirtschaftszweig, der boomt, hier noch zur Disposition zu stellen! Was wir überhaupt nicht brauchen können, ist ein zögerliches Vorgehen, langwierige Prozesse, die es anderen erlauben, uns an allen Stellen zu überholen. Wir dürfen uns nicht mit uns beschäftigten, das sind wir der Bevölkerung, den Patienten und den Arbeitnehmern der Häuser schuldig.

(Beifall bei der CDU)

Der vorliegende Dringlichkeitsantrag wirft Fragen auf, die mit absoluter Sicherheit mit Recht zu stellen sind, das ist keine Frage, aber sie sind kleinteilig, bitte sehr genau und ausführlich zu beantworten, und zwar auf fachlicher Ebene. Deshalb schlägt die CDU-Fraktion vor, diesen Dringlichkeitsantrag an die Deputation für Arbeit und Gesundheit zu überweisen. - Danke!

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Krusche.

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen)\*): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich vorweg sagen, dass ich mich freue, wenn die Koalition bereit ist, unseren Antrag zu überweisen, aber ich möchte hier ganz deutlich machen, dass es hier nicht nur um eine Überweisung ausschließlich an die Gesundheitsdeputation gehen kann, sondern nachdrücklich geht es auch darum, dass die Baudeputation sich mit diesem Thema beschäftigt. Das ist ja gerade der Hintergrund unserer Großen Anfrage, dass wir hier dieses Nebeneinander durchbrechen wollen und eine gemeinschaftliche Sicht auf dieses Thema gesundheitspolitisch, aber auch städtebaulich werfen wollen. Von daher verstehe ich es auch ehrlich gesagt nicht, warum der Bausenator nicht an seinem Platz sitzt, weil ich mir davon versprochen hätte, dass auch er zu dieser städtebaulichen Seite dieses Projektes Klinikum Mitte etwas sagen würde.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Abg. Focke [CDU]: Ist noch zu früh!)

Es ist nicht zu früh!

Meine Damen und Herren, bisher hatten wir Grünen jedenfalls den Eindruck, dass, was dieses Thema angeht, die eine Hand nicht weiß, was die andere tut, und wir wollen dies mit unserem Antrag ändern. Wir haben das Gefühl, dass hier ein sehr komplexes Thema, Gesundheitspolitik auf der einen Seite, aber das Städtebauliche auf der anderen Seite, langfristige Auswirkungen sowohl auf eine zukünftige Gesundheitspolitik als auch auf die Stadtentwicklung in Bremen hat, und wir fordern, dass diese Entwicklung eben nicht hinter verschlossenen Türen vonstatten gehen soll.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das Klinikum Bremen-Mitte wird sich in den nächsten sieben Jahren in seiner Funktionsweise und in seiner Bebauung grundlegend ändern. Das bedeutet, dass das historisch gewachsene Klinikgelände, das ja durch sehr unterschiedliche Baustile geprägt, aber auch schön ist durch seine vielen Freiflächen - viele Menschen in ganz Bremen kennen dieses Krankenhausgelände sehr genau, und sie hängen auch an dem Gelände, auch wenn sie nicht unbedingt Patienten sind -, zukünftig komprimiert wird, oder das Klinikum Bremen-Mitte wird zukünftig komprimiert werden auf dem nördlichen Bereich des Klinikgeländes an der Bismarckstraße. Mit dem Rückzug des Klinikums auf den nördlichen Teil wird auch der frei werdende Teil

von zirka 85.000 Quadratmetern in seiner Nutzung, in der Bebauung und Erschließung neu geordnet werden müssen.

Diese Veränderungen betreffen umfassend den gesamten Bereich der Östlichen Vorstadt, und sie können sich daher, das ist unsere Auffassung, auch nicht ausschließlich aus den Interessen der Krankenhaus-Holding an einer raschen Vermarktung des Geländes oder der Immobilien ableiten lassen. Wir befürchten, dass durch die Parzellierung dieser unterschiedlichen Interessen, und es wurde ja auch in den vorherigen Wortbeiträgen deutlich, dass es hier sehr unterschiedliche Interessen gibt, die unterschiedlichen Gesellschaften das gesamtstädtische Interesse nicht weiter beachten. Wir glauben, es ist ganz dringend notwendig, dass es eine Gesamtschau auf die ganze Stadt, auf die Folgen für Gesundheitspolitik und den Städtebau geben muss. Daher fordern wir den Senat auch auf, dass er die zuständigen Ressorts mit dieser Gesamtplanung beauftragt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die von der Klinik nicht mehr benötigten Flächen grenzen an die Stadtteile Peterswerder und Steintor, beides sind sehr beliebte, attraktive Wohngebiete, es sind Mischgebiete, und daraus ziehen sie auch ihren Charme und ihre Stärke als Stadtteile. Eine neue Nutzung für die frei werdenden Flächen zu finden, die die angrenzenden Stadtteile, aber auch das Klinikum stärken, die gleichzeitig gewachsene Strukturen und möglichst viele der alten Gebäude erhält und nicht alles abreißt, was über 100 Jahre lang gewachsen ist, das, finden wir, ist eine städtebauliche Herausforderung und sollte auch als solche aufgefasst werden, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir Grünen sehen die Chance für dieses Gebiet vor allem in einer Mischung aus alten und neuen Gebäuden mit unterschiedlichen Nutzungen. Wir glauben, dass es attraktiv sein kann für Wohnen, aber auch für Dienstleistungen, für Existenzgründungen, für neue Arbeitsplätze auf diesem Gelände. Ich glaube, auch das wird gerade in dem Zusammenhang wichtig sein, wenn man bedenkt, dass die Umstrukturierung der Klinik auch mit Personalabbau einhergehen wird. Es ist also umso wichtiger, dass auch hier auf diesem frei werdenden Teil neue Arbeitsplätze entstehen.

Wir haben das Ziel, dass auf diesem frei werdenden Stück Klinikgelände St.-Jürgen-Straße ein neues, ein starkes Stück Stadt entsteht. Wir erwarten, und da sind wir uns auch mit dem Beirat Östliche Vorstadt einig, dass über die städtebaulichen

---

\*) Von der Rednerin nicht überprüft.

chen Ziele für dieses Gebiet eine breite und öffentlich geführte Diskussion stattfindet. Dies braucht Zeit, meine Damen und Herren, und hier setzen auch unsere Befürchtungen ein.

Das Klinikum geht bisher von einem fiktiven Verkaufserlös von 30 Millionen Euro aus. Erfahrungen mit anderen Gebieten in der Stadt zeigen, dass dies illusorisch ist. Da die Krankenhaus-Holding unter Zeit- und Finanzdruck steht, ist zu befürchten, dass sie das frei werdende Gelände in großen Brocken an Investoren verkauft und damit einer einseitigen Entwicklung Vorschub leistet. Dies wollen wir verhindern.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dieses Gelände muss im Interesse der ganzen Stadt gesehen werden, und wenn es eine Zukunftschance haben soll, dann braucht die Entwicklung dieses Geländes Zeit und keinen Zeitdruck. Wir wollen mit unserem Antrag daher auch erreichen, dass keine präjudizierenden Entscheidungen für die zukünftige Gestaltung und Nutzung des Geländes getroffen werden.

Wir Grünen können uns vorstellen, dass die Stadt das Gelände erwirbt, um so die Krankenhaus-Holding finanziell zu entlasten und den Zeitdruck von einem qualitativ hochwertigen Gelände zu nehmen. 85.000 Quadratmeter lassen sich sinnvoll und zukunftsfruchtig nicht auf einen Schlag entwickeln. Dafür brauchen wir städtebauliche Ziele, ein neues Planungsrecht und vor allem auch eine kleinteilige Entwicklung.

Wir begrüßen es, dass der Denkmalpfleger, Herr Dr. Skalecki, beabsichtigt, dass imposante Gebäude der Inneren Medizin sowie die Augenklinik an der St.-Jürgen-Straße unter Denkmalschutz zu stellen. Wir glauben, dass gerade diese alten Gebäude aus dem vorvorigen Jahrhundert das Gesicht dieses Stadtteils geprägt haben. Wir wollen in Zukunft, dass dies kein gesichts- und geschichtsloser Stadtteil wird, und daher ist der Erhalt dieser alten Bausubstanz für uns von ganz besonderer Bedeutung.

Meine Damen und Herren, das Klinikum Mitte hat eine bewegte Geschichte hinter sich und riesige Herausforderungen vor sich. Um zu gewährleisten, dass das ganze Gelände auch eine aussichtsreiche Zukunft hat für die Patientinnen und Patienten in Bremen und aus dem Umland, aber auch städtebaulich, fordern wir den Senat in unserem Antrag auf, bis Anfang April eine zusammenfassende Darstellung und Bewertung im Zusammenhang mit der Umstrukturierung des Klinikums Mitte vorzulegen und dabei auch unsere vielen

Fragen präzise und umfangreich zu beantworten.  
- Herzlichen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Das Wort hat die Abgeordnete Frau Kummer.

Abg. Frau **Kummer** (SPD): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich bin ein bisschen verwirrt durch Ihren Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, denn die gesundheitspolitischen Beiträge vor mir beschäftigten sich mit Gesundheitspolitik im Gesamtzusammenhang der Stadt, also mit allen Kliniken, und Ihr Antrag beschäftigt sich mit dem Klinikum Bremen-Mitte. Sei es, wie es sei, ich will mich jetzt auch auf das konzentrieren, was Frau Krusche gesagt hat, und die städtebaulichen Aspekte beleuchten.

Zum Klinikum Mitte mache ich mir ehrlich gesagt, was die Umstrukturierung der Kliniklandschaft in Bremen angeht, eher weniger Sorgen. Ich glaube, es gibt Krankenhäuser, bei denen wir auch im Stadtteilzusammenhang viel größere Probleme in Bezug auf die Arbeitsplätze bekommen könnten. Ich denke, da müssten wir noch einmal genauer hinschauen, als uns mit unseren Fragen nur auf ein einzelnes Klinikum zu konzentrieren.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie hier vom Stadtteilbezug reden, Frau Krusche, was ich auch völlig richtig finde und unterstütze, um diese Dinge im Zusammenhang zu sehen, dürfen wir aber nicht vergessen, dass es hier um Arbeitsplätze im Stadtquartier geht. Zwei Drittel der Beschäftigten des Klinikums Mitte kommen nämlich aus dem Umkreis von fünf bis sechs Kilometern, also aus dem Stadtteil. Insofern spielen die Menschen, die dort leben und arbeiten, auch eine sehr große Rolle bei der Gestaltung des Stadtteils und eben nicht nur die Gebäude, die dort stehen. Das ist auch immer das, was wir gemeinsam vertreten, dass es nämlich nicht nur auf den Beton ankommt, sondern auch auf die Menschen, und der Stadtteil wird von den Menschen gemacht und nicht nur allein von den Gebäuden.

Städtebau und Architektur haben sicherlich unbestritten auch eine große Auswirkung hier im Stadtteil, denn das Klinikum Mitte, Sie haben es gesagt, ist fast ein ganzer Ortsteil im Stadtteil Östliche Vorstadt. Man kann das auch nicht völlig außen vor lassen. Ich stimme Ihnen zu, ich würde hier auch Denkmalschutz, Städtebau und Arbeitsplätze nicht gegeneinander sehen wollen, sondern gemeinsam. Sie haben sich hier auf Denkmalschutz und die städtebauliche Seite konzentriert,

Frau Krusche, das war mir aber ein bisschen zu einseitig.

Denkmalschutz macht sich nicht nur daran fest, ältere Gebäude zu erhalten, sondern man muss auch einmal darüber diskutieren, dass sie auch einmal abgerissen werden müssen, auch einmal vergehen und auch einmal ihre Aufgabe erfüllt haben. Städtebauliche Akzente kann man auch mit Neubauten setzen. Sie brauchen sich nur das Gesundheitsamt in der Horner Straße bei sich um die Ecke anzuschauen! Wir haben das alte Gebäude abgerissen. Das hatte sicherlich seine Berechtigung damals, ich glaube, es hing irgendwie mit Lungenheilkunde zusammen, das war also einmalig und wichtig. Es war das letzte erhaltene Gebäude dieser Art in Norddeutschland, das habe ich damals gelernt, aber das, was dort jetzt steht, ist ein wirklich wunderschönes, modernes Gebäude, das meines Erachtens die Ecke dort weitaus mehr prägt als das, was vorher dort gestanden hat. Wir werden auch in der Baudeputation noch darüber reden, wie erreichen wir städtebauliche Qualität an der Ecke, insbesondere an der Ecke St.-Jürgen-Straße/Bismarckstraße, die wie ein Einfallstor in den Stadtteil ist. Ich denke, die Fragen, die Sie hier aufgeworfen haben, auch städtebaulicher Natur, werden wir in der Baudeputation weiter besprechen.

Wir beantragen hier nicht nur die Überweisung in die Gesundheitsdeputation, wie Frau Dr. Mohr-Lüllmann das schon beantragt hat, sondern auch, was die städtebaulichen Aspekte angeht, die Überweisung in die Baudeputation. Herr Focke, ich denke, wir waren uns soweit auch einig. - Danke!

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Focke.

Abg. **Focke** (CDU): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Dann will ich auch noch einmal ganz kurz hier das Wort nehmen. Frau Krusche und Frau Wargalla, wir können dem Antrag insofern nicht zustimmen, als er nicht einfach in drei Wochen abgewickelt werden kann. Sie haben zu Recht eine ganze Menge Fragen gestellt, und diese Fragen haben wir im Übrigen zum großen Teil auch. Die diskutieren wir auch, und die müssen auch im Laufe des Verfahrens beantwortet werden. Nur, es hat natürlich auch keinen Sinn, jetzt Gesundheit, Krankenhäuser, Wohnungsbau und Stadtentwicklung gegeneinander auszuspielen.

(Abg. Frau Krusche [Bündnis 90/Die Grünen]: Eben gerade nicht!)

Es muss in einer Einheit funktionieren. Deswegen ist es auch nicht so, dass wir das alles in drei Wochen erledigen können. Daher ist vielleicht auch der Zeitpunkt, hier groß über die Einzelheiten zu diskutieren, nicht der richtige. Deswegen unser Vorschlag, den Antrag in die Deputationen Gesundheit und Bau zu überweisen, um dort die speziellen Fragen abzuarbeiten! Selbst wenn die dann unterschiedlich abgearbeitet werden, müssen sie auch noch zusammengeführt werden, damit wir dann anschließend darüber eine Debatte führen, sowohl in den Deputationen als auch hier im Parlament. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Das Wort hat Frau Senatorin Röpke.

**Senatorin Röpke<sup>\*)</sup>:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte jetzt nicht noch einmal das ganze Strategiekonzept oder den Masterplan vorstellen, das haben meine Vorredner schon zum Teil ausführlich gemacht. Ich möchte mich darauf konzentrieren, dass wir uns alle sicherlich einig sind in der Feststellung, die Krankenhäuser stehen in der gesamten Bundesrepublik vor dem größten Umstrukturierungsprozess insgesamt, der, glaube ich, einmalig in der Geschichte der Bundesrepublik ist.

Das trifft natürlich auch unsere Krankenhäuser hier in Bremen. Es trifft vor allen Dingen auch das Krankenhaus, das Gegenstand dieses Antrags ist, Bremen-Mitte, und zwar deswegen, weil es aus seiner Geschichte heraus Maximalversorger ist, weil es, Sie kennen alle die Baustruktur, in einer Pavillonstruktur gebaut worden ist, was städtebaulich und wenn man dort über das Gelände geht, sicherlich seinen Charme hat, das teile ich. Bremen-Mitte steht vor den neuen Herausforderungen in Zeiten der DRG, wenn also nach Fallpauschalen abgerechnet wird. Das sind die Herausforderungen, vor denen jetzt alle Krankenhäuser stehen.

Die Pavillonstruktur ist sehr kostenintensiv, sehr zeitraubend, und deswegen muss sie dringend auf einen neuen Stand gebracht werden. Wir müssen die Strukturen, die Prozessabläufe verändern, und das ist der Grund, warum sich das Klinikum Mitte schon sehr rechtzeitig, früher als die Holding insgesamt, auf den Weg gemacht hat, um sich neu aufzustellen, sich die Frage zu stellen nach einer zukunftssicheren Gesundheitsaufstellung für Mitte, damit das Klinikum diesen Herausforderungen

---

<sup>\*)</sup> Von der Rednerin nicht überprüft.

gerecht werden kann. Daraus ist dann dieser Masterplan in den drei Teilen, die hier schon skizziert worden sind, entstanden, und dieser Masterplan stellt bestimmte Grundpositionen dar, die hier schon genannt wurden.

Ich teile aber überhaupt nicht die Einschätzung, Frau Wargalla, dass das nun alles durcheinander gewirbelt worden ist durch das Strategiepapier der Holding, sondern wenn man das einmal übereinander legt, dann werden Sie bei genauer Betrachtung feststellen, dass die Grundpositionen, die Grundannahmen durchaus kompatibel sind, natürlich nicht im Detail. Jetzt muss geleistet werden, dass man beide Strategien für Mitte und die Gesamtstrategie der Holding, mit dem Bestandteil Mitte miteinander kompatibel macht. Die Strategie der Holding ist doch nicht gegen oder ohne die Geschäftsführung von Mitte entwickelt worden, sondern mit dem Klinikum. Das ist mir an dieser Stelle ganz wichtig, das noch einmal herauszuarbeiten, und deswegen tragen das alle mit, selbstverständlich auch die Geschäftsführung von Mitte. Insofern ist das, was jetzt zu leisten ist, glaube ich, nicht so schwierig, das zu aktualisieren, auf die neuen Kompetenzzentren hin zu orientieren und die entsprechenden Zahlen zu entwickeln. Das ist im Prinzip, wie gesagt, in den Grundstrukturen identisch.

Ich möchte noch einmal hervorheben, dass auch der Vorwurf, das Strategiekonzept der Holding sei nur ökonomisch und betriebswirtschaftlich ausgerichtet, nicht zutreffend ist. Selbstverständlich ist es auch betriebswirtschaftlich gerechnet.

(Abg. Focke [CDU]: Muss!)

Das ist ganz klar, denn die Krankenhäuser sind immer stärker daran zu orientieren, damit sie sich auf dem Markt behaupten können, und dann geht es einfach darum, wer nach dem DRG-System die Leistungen bringt, die sich auch rechnen, damit die Häuser auch in der Zukunft bestehen können, damit sie auch den Wettbewerb bestehen können. Frau Dr. Mohr-Lüllmann hat gesagt, was auf die Häuser zukommt. Welche Häuser werden in Zukunft überleben? Vor den Fragen stehen wir doch, und dabei muss Betriebswirtschaft eine ganz herausragende Rolle spielen, aber das geht nur zusammen mit der Qualitätsorientierung.

Ich bin davon überzeugt, dass der Wettbewerb auf dem Krankenhausmarkt nur dann eine Chance haben wird, wenn Qualität das entscheidende Kriterium ist. Patientinnen und Patienten orientieren sich jetzt schon sehr genau, wenn sie die Möglichkeit haben, sich eine Leistung zu wählen, an der Qualität, und das muss noch besser und

transparenter werden. Davon geht das Konzept aus.

(Glocke)

**Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Frau Senatorin Röpke, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Linnert?

**Senatorin Röpke:** Gern!

**Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Bitte, Frau Linnert!

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, ich möchte gern wissen, wo und wann parlamentarischen Gremien dieses Konzept der Holding vorgestellt worden ist, das ja sehr weitreichende gesundheitspolitische Folgen hat! Wie können wir darüber reden, wenn wir davon nicht in Kenntnis gesetzt worden sind?

**Senatorin Röpke:** Ich habe mich auch schon gewundert, wie Frau Wargalla darüber geredet hat, obwohl sie eigentlich nicht davon in Kenntnis gesetzt worden ist. Das Verfahren geht doch so, liebe Frau Linnert, wir haben jetzt eine Holding, die heißt Gesundheit Nord, das ist eine gGmbH. Diese Holding hat einen Aufsichtsrat. Dieser Aufsichtsrat hat gestern über dieses Papier beraten und beschlossen. Seit gestern ist dieses Papier sozusagen öffentlich, und wir werden selbstverständlich dafür sorgen, dass alle interessierten Politiker, die mit Gesundheitspolitik zu tun haben, darüber informiert werden und auch die Informationen bekommen. Wir müssen aber diesen Weg einhalten, dass zunächst der Aufsichtsrat damit befasst wird.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist ja ein sonderbares Verständnis von parlamentarischer Arbeit und Verhältnis von Gesellschaften zur Fachpolitik!)

Nein, das ist doch ganz normal, dass wir im Aufsichtsrat, das ist ein Gremium des Unternehmens, eine unternehmerische Entscheidung treffen. Das ist in jeder Gesellschaft so. Das, was wir hier heute machen, ist eine politische Bewertung dieses Strategiekonzepts, was eigentlich gar nicht Thema des Antrags ist, sondern da geht es um Mitte. Da sich alle anderen darauf bezogen haben, erlaube ich mir auch, etwas dazu zu sagen.

(Glocke)

**Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Frau Senatorin, sind Sie bereit, eine weitere Zwischenfrage anzunehmen?

**Senatorin Röpke:** Ja, bitte!

**Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Bitte, Frau Wargalla!

Abg. Frau **Wargalla** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, bezüglich der Aufsichtsratssitzung: Es ist so, dass der CDU und der SPD das Konzept vor der Aufsichtsratssitzung vorgestellt worden ist, den Grünen, die ja im Auftrag des Senats im Aufsichtsrat sitzen, nicht. Sie haben also dann zwei oder drei Tage vor der Aufsichtsratssitzung die Papiere bekommen. Ist das auch immer so Usus?

**Senatorin Röpke:** Es war so, dass alle vor der Aufsichtsratssitzung die Papiere bekommen haben, es hat niemand vorher ein Papier bekommen. Alle Aufsichtsratsmitglieder haben es zugeschiedt bekommen, und in der Tat war es so, dass wir uns vor der Erstellung des Konzeptpapiers das grundsätzliche Okay der Fraktionen der Regierungskoalition in einer mündlichen Erörterung eingeholt haben. Das ist aber übliches Geschäft, um sozusagen die politische Grundausrichtung abzustimmen.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich denke, die sitzen da als Aufsichtsrat!)

Wir gehen doch erst in ein Verfahren, wenn wir wissen, dass es von der Regierungskoalition mitgetragen wird. Es ist doch nicht unüblich.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist ja euer verrotteter Laden hier!)

Das weise ich zurück! Das ist ein ganz normales und übliches Verfahren, liebe Frau Linnert! Darf ich jetzt weitermachen?

(Unruhe und Zurufe)

Abg. Frau **Wargalla** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich habe noch eine kleine Nachfrage! Stimmen Sie mit mir überein, dass die Abgeordneten, die in den Aufsichtsrat entsandt werden, im Auftrag des Senats handeln? Auch eine Grüne, ein SPD- oder ein CDU-Abgeordneter fungiert dort für den Senat, das heißt also nicht speziell für seine politische Gruppierung, sondern er ist als Gesamtteil dort. Das bedeutet also, jeder, egal wer da ist, hat das Recht, informiert zu werden. Das hat nichts mit großer Koalition oder sonst etwas zu tun, sondern mit den Mitgliedern des Aufsichtsrats.

**Senatorin Röpke:** Ja, natürlich, es ist auch so gelaufen!

(Widerspruch beim Bündnis 90/Die Grünen)

Natürlich!

Ich würde jetzt ganz gern weiter fortfahren. Das haben wir ja gestern im Aufsichtsrat diskutiert, und ich denke, das gehört in den Aufsichtsrat und nicht in das Parlament!

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Was? Das entscheidet das Parlament immer noch selbst!)

Wir müssen noch einmal differenzieren, liebe Frau Linnert, zwischen Unternehmensführung und parlamentarischer Beratung. Ich habe überhaupt nichts dagegen, dass das Parlament sich mit diesem Thema beschäftigt. Ich finde den Antrag, den Sie gestellt haben, auch völlig berechtigt, weil er viele Fragen stellt, die noch beantwortet werden müssen. Es spricht auch überhaupt nichts dagegen, dass sich die Deputationen damit beschäftigen, im Gegenteil, ich begrüße es sogar, weil ich sehr daran interessiert bin, dass diese Strategien für Mitte und für die gesamte Gesundheitspolitik in der Krankenhauslandschaft der Stadt Bremen breit diskutiert werden. Wir werden auch in die Stadtteile gehen und es in den Beiräten vorstellen. Dagegen spricht überhaupt nichts. Es gibt aber bestimmte Verfahren, die wir einfach beachten müssen.

Wir müssen auch das Konzept, das wir entwickelt haben, mit der Landeskrankenhausplanung abstimmen. Das ist auch erforderlich. Wir müssen mit den Kassen reden, mit den Kostenträgern, auch das ist erforderlich. Das ist ja alles sozusagen erst einmal ein Aufschlag, was der Aufsichtsrat gestern beschlossen hat, das ist überhaupt noch kein Endergebnis. Wir fangen jetzt damit an, dieses Strategiekonzept zu kommunizieren, wie es so schön heißt, zu vermitteln, zu diskutieren, und dann werden wir sehen, wie das Ergebnis im Grundsatz aussieht. Ich bin aber davon überzeugt, dass die Grundzüge, die Kompetenzentrennentwicklung, die Vorhaben-Behandlungsleitlinien für alle Bereiche einheitlich zu entwickeln und zu verankern sind. Das ist mit Sicherheit auch das, was die Grünen wollen, weil es dabei darum geht, Qualität für die Patientinnen und Patienten zu sichern und die Versorgung in der Stadtgemeinde zu sichern. Das ist doch unser gemeinsames Interesse.

Ich möchte auch nicht, das ist hier mehrfach gesagt worden, dass wir ein Gegeneinander von Stadtentwicklung und Gesundheitspolitik organisieren. Gerade an dem Beispiel Klinikum Mitte wird deutlich, dass wir auf der einen Seite die Notwendigkeit haben, die Umstrukturierung dieses Hauses vorzunehmen, und zwar ohne Zeitverzug, wir stehen da unter einem enormen Druck. Jeder Tag ist ein Tag, der für die Krankenhäuser ein Er-

lösrisiko beinhaltet, insbesondere, ich habe es dargestellt, auch für Mitte.

Andererseits aber birgt ja auch diese Entwicklung im Stadtteil eine durchaus gute Chance, hier städtebaulich etwas Neues auf den Weg zu bringen, was für den Stadtteil durchaus interessant ist. Das kann ich mir sehr gut vorstellen, dass man darüber diskutieren kann, wie sich diese frei werdende Fläche städtebaulich entwickeln lässt. Mit dem Bausenator sind wir stadtentwicklungspolitisch in guter Zusammenarbeit, da müssen Sie sich gar keine Sorgen machen, liebe Frau Krusche, das geht Hand in Hand. Wir sind durchaus im Gespräch, wenn es um die nächsten Bearbeitungsschritte geht, was stadtentwicklungspolitisch einzutüten ist. Da, denke ich, dass wir das gemeinsam hinbekommen.

Wichtig ist mir nur, dass wir im Interesse der Zukunft des Klinikums Mitte keine Zeit verlieren, wobei ich nicht sagen will, dass man nicht auch durchaus gründlich und ausführlich die städtebauliche Komponente prüfen muss. Da bin ich auf jeden Fall an Ihrer Seite. - Danke!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Krusche.

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen)\*): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Einmal begrüße ich, das sage ich hier noch einmal, dass Sie unseren Antrag überweisen. Ich finde auch, Frau Kummer, es ist gut, dass Sie es noch einmal gesagt haben, selbstverständlich liegt uns sehr viel daran, dass sich die Baudeputation mit den städtebaulichen Fragen beschäftigt. Von daher kommt eine Überweisung eben auch nur an beide Deputationen für uns in Frage. Das ist das eine.

Zweitens möchte ich gern, dass wir uns vielleicht interfraktionell noch über einen Zeitpunkt verständigen, den wir hier dann gleich mit bei der Überweisung abstimmen lassen können. Da Frau Senatorin Röpke ja auch auf den Zeitdruck hingewiesen hat, können wir uns damit, glaube ich, nicht ein halbes Jahr herumplagen, sondern wir Grünen gehen davon aus, dass unsere Fragen zeitnah beantwortet werden, so dass wir in der Bürgerschaftssitzung im Mai hier über die Antwort des Senats debattieren können. Wenn es auf Ihr Einvernehmen stößt, dann wäre ich doch sehr zufrieden. Herr Focke schüttelt den Kopf. Wenn Sie

damit jetzt nicht einverstanden sind, dann muss ich hier doch noch einmal deutlich sagen, was der Hintergrund unseres Antrags ist.

Weil es so losgelöst ist von einer gesamtstädtischen Debatte, wie was laufen soll, wer welche Schritte tut - das ist in einem Zusammenhang zu sehen - wollen wir gerade nicht, weder gesundheitspolitisch noch städtebaulich, und hatten wir große Sorge, dass hier präjudizierende Maßnahmen ergriffen werden, bevor wir inhaltlich darüber debattiert haben.

Wenn Sie jetzt sagen, wir lassen uns einmal ein halbes Jahr Zeit, Frau Röpke aber sagt, morgen muss eventuell die Krankenhaus-Holding 30 Millionen Euro bekommen, um diese Umstrukturierung zu finanzieren, dann gibt es einen Zeitdruck. Deshalb glaube ich sehr wohl, dass wir uns auf eine zeitnahe Befassung hier in der Bürgerschaft einigen sollten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist das eine. Dann möchte ich doch noch einmal zu der Unruhe, die vor allen Dingen von Frau Reichert während meines Redebeitrags deutlich wurde - jetzt ist sie leider nicht mehr da -, etwas sagen. Wir Grünen haben diesen Antrag nicht gestellt, weil wir jetzt ausschließlich das Klinikum Mitte im Auge haben, was die zukünftige Gesundheitspolitik in Bremen angeht, ganz im Gegenteil! Wir haben für die ganze Stadt ein hohes Interesse, dass in Bremen eine ordentliche Gesundheitspolitik gemacht wird, dass es gut funktionierende Krankenhäuser gibt, und zwar gleichgültig, ob es in Osterholz, in Bremen-Mitte oder in Vegesack oder sonst wo ist. Darum geht es uns nicht.

Wir wussten aber nichts von diesen Plänen, die jetzt kürzlich in der Zeitung standen. Sie sitzen doch in der Regierung. Dann ist es doch an Ihnen, wenn Sie das Gefühl haben, dass hier irgendetwas aus dem Ruder läuft und die eine Hand nicht weiß, was die andere macht, sich darum zu bemühen und nicht im Hintergrund zu murmeln und zu protestieren! Wir haben ein großes Interesse daran, dass hier Transparenz herrscht, dass wir als Parlament in dieser Debatte ein Wörtchen mitzureden haben. Das war der Hintergrund, dass wir hier diesen Antrag gestellt haben. Es ist Ihnen unbenommen, hier für alle Krankenhäuser einen ähnlichen Antrag einzubringen. Wir wollen eine Gesamtschau auf die Stadt und nicht parzellierten Interessen das Wort reden. Insofern kann ich Frau Reicherts Unmut eigentlich nicht so ganz verste-

---

\*) Von der Rednerin nicht überprüft.

hen. Das müsste sie hier dann noch einmal deutlich machen. - Herzlichen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Focke.

Abg. **Focke** (CDU): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich kann mich damit leider nicht einverstanden erklären, dass wir jetzt sagen, im Mai wird hier diskutiert. Es handelt sich ja immerhin doch um zwei völlig verschiedene Komplexe. Die eine Sache ist die Stadtentwicklung, und die andere Sache ist das Klinikum Mitte mit all seinen Facetten und der Krankenhausgesellschaft-Holding. Das muss natürlich alles separat abgearbeitet werden.

Ich sage Ihnen aber, Frau Krusche, wir können doch im März in der Deputation darüber reden, wie wir unseren Zeitplan festlegen, und auch darüber reden, dass es also möglicherweise auch keine vorzeitigen Verkäufe geben kann. Ich weiß auch gar nicht, ob es überhaupt vorgesehen ist, darüber können wir uns doch aber ausführlich informieren, und darüber lassen wir uns doch auch ausführlich informieren, so dass wir da nicht in Bedrängnis geraten.

Ich glaube, man muss einfach eine gewisse Zeit geben, um das alles zusammen auf die Reihe zu bekommen.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Bis wann denn?)

Das kann ich hier nicht beurteilen. Ich weiß es nicht. Das könnten wir doch aber mit unseren Verwaltungen in den entsprechenden Deputationen klären.

(Beifall bei der CDU - Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie lassen uns doch am ausgestreckten Arm vertrocknen! Sie müssen im Parlament doch einmal Rechenschaft ablegen!)

**Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Ich lasse jetzt zuerst über die Überweisung abstimmen und dann über den Antrag der Grünen zur Fristsetzung.

Wir kommen zur Abstimmung.

Hier ist Überweisung zur Beratung und Berichterstattung an die städtische Deputation für Arbeit und Gesundheit, federführend, und die städtische Deputation für Bau und Verkehr vorgesehen.

Wer der Überweisung des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachennummer 16/299 S zur Beratung und Berichterstattung an die städtische Deputation für Arbeit und Gesundheit, federführend, und die städtische Deputation für Bau und Verkehr seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft überweist entsprechend.

(Einstimmig)

Jetzt lasse ich über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Fristsetzung bis Mai abstimmen.

Wer diesem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Wir sind jetzt am Ende der Tagesordnung angekommen.

Ich schließe die Sitzung der Stadtbürgerschaft.

(Schluss der Sitzung 16.58 Uhr)